

Frank Ettrich  
Dietmar Herz (Hrsg.)

Willy Brandt:  
Politisches Handeln und  
Demokratisierung

Budrich UniPress Ltd.  
Opladen • Berlin • Toronto 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.  
© 2015 Budrich UniPress, Opladen, Berlin & Toronto  
[www.budrich-unipress.de](http://www.budrich-unipress.de)

**ISBN 978-3-86388-076-7 (Paperback)**  
eISBN 978-3-86388-230-3 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – <http://www.lehfeldtgraphic.de>  
Titelbildnachweis: Willy Brandt School of Public Policy at the University of Erfurt  
Lektorat: Andrea Lassalle, Berlin  
Satz: R + S Redaktion und Satz Beate Glaubitz, Leverkusen  
Druck: paper&tinta, Warschau  
Printed in Europe

## Inhaltsverzeichnis

<i>Frank Ettrich und Dietmar Herz</i> Das erste Willy Brandt Symposium – einleitende Bemerkungen .....	7
<i>Einhart Lorenz</i> Willy Brandt im Exil – Der skandinavische Einfluss auf die Sozialdemokratie .....	21
<i>Helmut Müssener</i> „Wie Keime und Samen der Freiheit ...“ – Zum deutschsprachigen Exil in Schweden und seiner Publizistik .....	43
<i>Ursula Langkau-Alex</i> Kommunikation über Grenzen hinweg. Sozialdemokratisch-sozialistisches Exil und Nach-Exil am Beispiel der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und der Gruppe Neu Beginnen (1933-1961) .....	67
<i>Judith Michel</i> Reaktionen auf Willy Brandts entwicklungspolitische Vorschläge vor dem Hintergrund neoliberaler Strömungen, der Wirtschaftskrise und des Ost-West-Konflikts.....	103
<i>Jan Hansen</i> Globale Risikogemeinschaft? – Frieden und Entwicklung bei Willy Brandt (1977-1985) .....	131

*Ana Mónica Fonseca*

Die Nelken brauchen jetzt Wasser! –  
The SPD and the Portuguese transition to democracy ..... 157

*Antonio Muñoz Sánchez*

Wandel durch Annäherung in Spanien –  
Willy Brandt und das Franco-Regime (1964-1975) ..... 181

*Lazaros Miliopoulos*

Die Eigentümlichkeiten des griechischen  
Transformationsprozesses (1974 bis heute) und das Problem  
ihrer Verknennung ..... 217

*Dietmar Herz*

Distanzierte Zeitgenossenschaft: meine Jahre mit Willy Brandt ..... 243

Autorenverzeichnis ..... 269

*Frank Ettrich und Dietmar Herz*

## Das erste Willy Brandt Symposium – einleitende Bemerkungen

Willy Brandt dachte „über den Tag hinaus“,  
wie eins seiner Bücher heißt, und ich war fasziniert  
von der gedanklichen Detailarbeit darin,  
von der großen Geduld und seiner Beharrlichkeit.

– Wibke Bruhns<sup>1</sup>

Ein weiteres Buch zu und über Willy Brandt? Ja und nein. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Beiträge zum ersten *Willy Brandt Symposium* der gleichnamigen *Professional School of Public Policy* der Universität Erfurt im Sommer 2012. Er verdankt sich nicht dem Anlass des Todestages des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, der sich am 08. Oktober 2012 zum 20sten Mal jährte, auch nicht der Gelegenheit des 100. Geburtstages Willy Brandts am 18. Dezember 2013. Zu keinem Zeitpunkt der Konzipierung und Durchführung einer Reihe von Willy Brandt Symposien war daran gedacht, die inzwischen reichhaltige und ausgefächerte zeithistorisch-biographische Literatur zur „sozialdemokratischen Jahrhundertgestalt“ (Hans-Peter Schwarz) Willy Brandt um weitere Titel zu bereichern oder gar mit forschungsgestützten Projekten wie den „Willy-Brandt-Studien“<sup>2</sup> der *Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung* zu konkurrieren.

Seit 2009 trägt die *Professional School of Public Policy* der Universität Erfurt den Namen Willy Brandts. Wissenschaftshistorisch lässt sich dies durchaus begründen. Schließlich bedeutete die mit der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt einsetzende Politik staatlicher Reformen auch die „Initialzündung zur Entwicklung der Policy-

<sup>1</sup> Wibke Bruhns, *Nachrichtenzeit. Meine unfertigen Erinnerungen*, München 2013, S. 122.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Bernd Rother (Hg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011 (Willy-Brandt-Studien, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; 5).

*Antonio Muñoz Sánchez*

## Wandel durch Annäherung in Spanien – Willy Brandt und das Franco-Regime (1964-1975)

Während in Madrid der Diktator Francisco Franco in einer Klinik im Sterben lag, richtete der Führer der spanischen Sozialisten Felipe González am Morgen des 15. November 1975 im Mannheimer Rosengarten von der Tribüne des dort stattfindenden SPD-Kongresses einen leidenschaftlichen Appell an alle europäischen Demokraten frühzeitig die Wiedergeburt der Freiheit in seinem Land zu unterstützen. Der junge und – in Spanien wie in Europa – nahezu unbekannte González formulierte seine Aufforderung folgendermaßen:

Die Erfahrung vieler Jahre hat gezeigt, dass die Duldung eines autokratischen Regimes in der Hoffnung, damit dessen Demokratisierung herbeizuführen, eine genau entgegengesetzte Wirkung gezeitigt hat. Jetzt, da sich uns neue Aussichten eröffnen, weisen wir spanischen Sozialisten mahnend auf die geschichtliche Verantwortung der Europäer hin, für den Fall, dass der Irrtum sich wiederholt. Alle demokratischen Länder Europas und der Welt haben die Pflicht, das demokratische Vorhaben der spanischen Opposition zu unterstützen.<sup>1</sup>

Dieses Zitat ist wichtig, denn es passt nicht zu der Erklärung, die üblicherweise in Hinblick auf die Position Franco-Spaniens in der europäischen Politik gegeben wird. Jahrzehntlang haben Historiker die Idee verteidigt, dass das franquistische Spanien, ungeachtet seiner wachsenden ökonomischen Beziehungen zu den Ländern nördlich der Pyrenäen, von Seiten der demokratischen Länder Europas stets weiter als Paria betrachtet worden sei. Der beste Beleg dafür wäre das angeblich magere Präferenzabkommen gewesen, das die Madrider Regierung 1970 mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) abschloss.<sup>2</sup> Als einziger Akteur, der in der Lage war, den Wunsch der spanischen Gesell-

1 Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15.11.1975 in Mannheim, Bonn o. J., S. 876-877.

2 Juan Carlos Pereira Castañares/Antonio Moreno Juste, "Spain: in the center or on the periphery of Europe?", in: António Costa Pinto/Nuno Severiano Teixeira (Hg.), *Southern Europe and the Making of the European Union. 1945-1980s*, Boulder 2002, S. 41-80, hier S. 62-63.

schaft nach voller Integration in die Gemeinschaft Wirklichkeit werden zu lassen, sei in politischer Hinsicht letzten Endes die Opposition die wahre Nutznießerin der Beziehung zu Europa. Schließlich identifizierte man *Europäismus* in Spanien mit *Demokratie*, und die Orientierung auf Europa wurde zum machtvollen Instrument der Franco-Gegner, um das Regime zu untergraben und zur Selbstauflösung nach dem Tod des Diktators zu zwingen.<sup>3</sup> Entsprechend dieser Sichtweise hätten die Parteien der Sozialistischen Internationale alles in ihrer Macht Stehende getan, um dem Interesse der franquistischen Diktatur an Europa zu schaden, während sie im Kampf für die freiheitlichen Grundrechte stets an der Seite ihrer Genossen der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) gestanden hätten.<sup>4</sup>

Die in jüngster Zeit auf Basis von Archivdokumenten unternommenen Forschungen stellen diese fest etablierten Vorstellungen jedoch in Frage, da sie in unwiderlegbarer Weise zeigen, dass die westlichen Demokratien die Franco-Diktatur in Wirklichkeit niemals zu einer politischen Öffnung drängten, sondern dem Regime gegenüber eine eher nachsichtige Haltung einnahmen.<sup>5</sup> Einer der größten Kenner der Beziehungen zwischen Europa und Spanien kommt sogar zu dem Schluss, dass „the EC [European Community] record in effectively defending human-rights and democratic values in Spain under Franco was nil, and [...] more inclined to passively support the than existing authoritarian regime than to actively erode it.“<sup>6</sup> Diese Klarstellung macht die Worte Felipe González' verständlich und fordert von den Historikern bei der Untersuchung der Beziehungen Spaniens zu den europäischen Ländern und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Zeiten der Franco-Diktatur ein neues Vorgehen. Entsprechende Forschungen werden zu erklären haben, was die wahren Antriebe der europäischen Regierungen in Hinblick auf das Franco-Regime gewesen sind und welchen Einfluss ihre Politik auf den Prozess hatte, der Spanien von der Diktatur zur Demokratie führte.

3 Maria Elena Cavallaro, Los orígenes de la integración de España en Europa. Desde el franquismo a los años de la transición, Madrid 2009, S. 149f.

4 Pilar Ortuño Anaya, European Socialists and Spain. The Transition to Democracy 1959-1977, New York 2002.

5 Óscar José Martín García/Manuel Ortiz Heras (Hg.), Claves internacionales en la transición española, Madrid 2010; Charles Powell, El amigo americano. España y Estados Unidos. De la dictadura a la democracia, Madrid 2011; Antonio Muñoz Sánchez, El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia, Barcelona 2012.

6 Fernando Guirao, "The European Community's role in promoting democracy in Franco's Spain. 1970-1975", in: Jan van der Harst (Hg.), Beyond the Customs Union. The European Community's Quest for Deepening, Widening and Completion. 1969-1975, Baden-Baden u.a. 2007, S. 163-193, hier S. 163.

Die vorliegende Abhandlung möchte einen Schritt in die skizzierte Richtung unternehmen und die von der einflussreichsten Linken Westeuropas, der deutschen SPD, gegenüber dem Spanien Francos eingenommene Haltung untersuchen. Dabei wird die These verfochten, dass die SPD unter direktem Einfluss ihres Vorsitzenden Willy Brandt gegenüber dem franquistischen Spanien eine Strategie verfolgte, die unmittelbar von den Prinzipien der *Ostpolitik* inspiriert war. Zunächst werden dabei die Gründe analysiert, aufgrund derer die SPD Mitte der 1960er Jahre die Haltung der konservativen deutschen Regierung übernahm, in der Verteidigung der von Spanien in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingenommenen Position den Prüfstein der Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Land zu sehen. Daran anschließend wird die Implementierung dieser Politik während der Großen Koalition und der Ära Brandt erläutert und es werden die Argumente jener dargelegt, die sich ihr innerhalb der deutschen, spanischen und europäischen Linken widersetzen. Abschließend wird gezeigt, wie die Angst, dass die absehbare Selbstauflösung des Regimes ernsthaft von den Auswirkungen der portugiesischen *Nelkenrevolution* gestört werden könnte, Bonn dazu brachte, einem bislang in seiner Spanienpolitik nahezu unbedeutendem Faktor eine viel größere Bedeutung zu geben: die Unterstützung der demokratischen Opposition und hier insbesondere des PSOE von Felipe González.

### Die sozialdemokratische Opposition und die *Europäisierung* der Spanischen Frage

Inmitten jener Atmosphäre der Entspannung, die die internationalen Beziehungen nach der Kubakrise (Oktober 1962) beherrschte, begannen die deutschen Sozialdemokraten, das erste Mal ohne ideologische Vorurteile auf Francos Spanien zu blicken. Was sie dabei entdeckten, war ein Land, das sich in einem schwindelerregenden Modernisierungsprozess befand, der das Stereotyp der Unterentwicklung hinfällig werden ließ, mit dem Europa das franquistische Regime von Beginn an identifiziert hatte. Über diesen Prozess hatte die SPD dank eines ihrer wichtigsten Wirtschaftsexperten, des Bundestagsabgeordneten Fritz Baade, der aufgrund seiner Studien zur andalusischen Intensivlandwirtschaft über unmittelbare Kenntnis Spaniens verfügte, Informationen aus erster Hand. Baade bemerkte, dass das spanische Wirtschaftswunder der intelligenten Politik der Madrider Regierung viel verdankte, denn seitdem diese Mitte der 1950er Jahre das Ende des Systems wirtschaftlicher Autarkie verfügte, folgte sie wortwörtlich den Ratschlägen internationaler Organisationen zur Maximierung ihrer Entwicklungsmöglichkei-

ten und zur vollständigen Eingliederung in die westlichen Märkte. Angesichts des Anstiegs ausländischer Investitionen, des Anwachsens des Tourismus, des Exports landwirtschaftlicher Produkte und der Überweisungen von Spaniern, die in europäische Länder emigriert waren, sagte Baade ein dauerhaftes Wachstum voraus, das Spanien mittelfristig auf das Niveau der entwickelten Länder bringen würde. Letzten Endes sah er in der Wirtschaftspolitik des Franco-Regimes, das weit davon entfernt sei, ein Hindernis für die Entwicklung Spaniens zu sein (wovon die Linke seit Jahr und Tag ausging), die treibende Kraft einer für alle Entwicklungsländer beispielhaften Modernisierung.<sup>7</sup>

Aber nicht nur im sozioökonomischen Bereich, sondern auch im Politischen verzeichnete man positive Signale in Francos Spanien. Fast 25 Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges vollzog sich innerhalb des Regimes ein Generationswechsel, und die Mehrheit der jungen Machthaber schien mehr an der Modernisierung des Landes als an der Erhaltung des ideologischen Kerns der Diktatur interessiert. In der europäischen Presse verbreitete sich 1963 die Idee, dass die als *aperturistas* bekannt gewordenen und nach dieser Bezeichnung also eine Öffnung verfolgenden spanischen Minister einen Liberalisierungsprozess vorantreiben würden.<sup>8</sup> Die bekanntesten von ihnen waren José Solís und Manuel Fraga, die für die Einführung sauberer Wahlen innerhalb der Einheitsgewerkschaft bzw. für die Abschwächung der Zensur verantwortlich waren.<sup>9</sup> Neben diesen beiden Vorkämpfern eines neuen Franquismus, die zum damaligen Zeitpunkt jeder für sich ein Projekt zur ‚Perfektionierung‘ ihrer Institutionen präsentierten, stach der Minister José María Castiella als treibende Kraft einer Außenpolitik hervor, die sich in voller Übereinstimmung mit den Zielen der europäischen Entspannung befand und deren Anliegen es war, Spanien definitiv aus seiner Isolation herauszuholen.<sup>10</sup>

In der Absicht, den Wandel in Spanien aus der Nähe in Augenschein zu nehmen, erklärte die SPD Mitte 1963 die bis dato bestehende absolute Kontaktsperre gegenüber dem Franco-Regime für beendet und suchte das Gespräch mit Vertretern der spanischen Regierung. Die Begegnungen hatten informell und zurückhaltend auszufallen, denn offiziell erlaubte die Partei ein solches Vorgehen nicht und war in diesem Punkt sogar noch unflexibler als

7 Fritz Baade, „...denn sie sollen satt werden.“ Strategie des Weltkampfes gegen den Hunger, Hamburg 1964.

8 „Neue Strömungen in Spanien“, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.01.1963; „Die große Frage heißt: Was kommt nach Franco? Spaniens verwiterte politische Fassade“, in: Süddeutsche Zeitung, 27./28.04.1963.

9 „Brückenbauer zur freien Welt?“, in: Die Zeit, 16.08.1963.

10 „Spanien sucht Anschluss an die Weltpolitik“, in: SPD Pressedienst, 16.08.1963.

im Kontakt zu den Regimen im Osten Europas. Wilhelm Dröschers, der zukünftige Präsident der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, und Hans-Eberhard Dingels, seines Zeichens Sekretär für Internationale Beziehungen im SPD-Parteivorstand, führten jeder für sich Gespräche mit hohen spanischen Funktionären, die ihnen sehr ähnliche Mitteilungen machten: Niemand in Spanien wünschte sich, dass es nach dem Tode Francos erneut zu inneren Unruhen käme, weswegen es notwendig sei, nach und nach das Terrain vorzubereiten, um nach dem Ableben des Caudillo den Schritt hin zu einem offenen und zeitgemäßen politischen System unternehmen zu können. Die Rolle, die Europa bei der Vorbereitung des Postfranquismus spielen könnte, sei fundamental, denn die engagierten Kräfte wollten politische und soziale Organisationsformen kennenlernen, von denen man sich inspirieren lassen könnte. Die europäische Linke würde damit potentiell über ein beachtliches Einflusspotential auf die Entwicklung in Spanien verfügen. Um dieses wirksam werden zu lassen, müsse sie jedoch zuerst ihre aggressive Politik gegen das Regime aufgeben. Statt konstruktiv zu sein, sei diese Frontstellung der europäischen Sozialisten Wasser auf die Mühlen der spanischen Extremisten, das heißt der als *inmovilistas* bekannten Reaktionäre innerhalb des Regimes und der Kommunisten, die schon damals begonnen hätten, sich unter den Gruppen der Opposition hervorzutun.<sup>11</sup>

Kurz nachdem er im Februar 1964 zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden war, schlug Willy Brandt im Präsidium eine Grundsatzdebatte über die Spanien-Politik der Partei vor. Seiner Meinung nach hatte sich die traditionelle Strategie, die darauf gerichtet war das Franco-Regime durch äußeren Druck zu stürzen, überlebt, weswegen eine Neuausrichtung des Vorgehens nötig sei. Im Ton an die Tutzingener Rede von Egon Bahr erinnernd, der dort auf einer Konferenz Monate zuvor die Normalisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Regimen als ersten Schritt zu deren inneren Wandel verteidigt hatte, bat Brandt seine Genossen in der Parteiführung um eine sachliche Annäherung an die spanische Realität, die es der deutschen Linken erlauben würde, einen Beitrag zur Konsolidierung des im Lande bereits laufenden Wandlungsprozesses zu leisten.<sup>12</sup> In diesem Sinne sollte der im Februar 1962 von Seiten der Madrider Regierung geäußerte Wille zur Teilnahme am wirtschaftlichen Integrationsprozess Europas positiv bewertet werden.

11 Bericht Wilhelm Dröschers an Fritz Erler und Herbert Wehner über sein Gespräch mit Professor Izquierdo im Juni 1963; Bericht Hans-Eberhard Dingels' über sein Gespräch mit dem Generaldirektor für Europaangelegenheiten des spanischen Außenministeriums, Fernando Olivé, im Dezember 1963. Beide im Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), Bonn, SPD Parteivorstand 11771.

12 Protokoll der Sitzung des SPD Parteipräsidium vom 11.04.1964, AdSD, SPD Parteivorstandsprotokolle.

Die SPD-Führung folgte der von Willy Brandt vorgegebenen Linie und begrüßte im Juni 1964 die Entscheidung des Rates der EWG, in einen Dialog mit Madrid zu treten.<sup>13</sup>

Mit dieser Entscheidung, die man nicht öffentlich machte, um eine propagandistische Ausschlichtung durch das Franco-Regime zu verhindern, taten die deutschen Sozialdemokraten nichts anderes, als die Position der Bundesregierung anzunehmen, welche die Unterstützung des auf Europa gerichteten Strebens Madrids zu einem grundlegenden Aspekt ihrer Beziehungen zu Spanien gemacht hatte. Die Bundesregierung tat dies nicht nur, weil für sie die Teilnahme Spaniens am ökonomischen Integrationsprozess in perfekter Weise mit den strategischen Interessen der Bundesrepublik zusammenfiel, sondern sie unterstützte diese Bestrebungen auch in der Überzeugung, dass die Modernisierung in jenem Land am Rande Europas Bedingungen entstehen ließe, die das Entstehen einer Demokratie nach dem Tode Francos erlauben würden.<sup>14</sup> Jenseits eines grundsätzlichen Konsenses unterschieden sich die deutsche Rechte und die deutsche Linke in ihrer Spanienpolitik nach 1964 jedoch weiter erheblich voneinander. Für die Konservativen hatte dabei der Beitrag zur Stabilität des Regimes, in der man die unabdingbare Voraussetzung für eine Konsolidierung der begonnenen Liberalisierung sah, absolute Priorität. Diese Haltung kam zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass die Christdemokraten niemals Themen wie den Umgang mit der Opposition auf die Agenda der bilateralen Gespräche setzten. Im Gegensatz dazu verlegten sich die Sozialdemokraten gerade auf die Notwendigkeit, von Deutschland und Europa aus in Spanien die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und einiger oppositioneller Gruppen zu fördern, deren sanfter Druck auf das Regime dazu diene sollte, die *Räume der Freiheit* zu vergrößern, in denen sich die Fundamente der zukünftigen Demokratie ausbilden würden.

Um die neue gegenüber Spanien angenommene Strategie umzusetzen, beschloss die SPD einen Bruch mit jenem *cordon sanitaire*, den die europäische Linke seit den 1940er Jahren um das Franco-Regime gezogen hatte, und erlaubte, dass ihr stellvertretender Vorsitzender Fritz Erler die Einladung der offiziellen Gewerkschaft zu einem Besuch des Landes annahm. Während seines eintägigen Aufenthalts in Madrid im April 1965 hielt Fritz Erler einen Vortrag über das Godesberger Programm, aß mit den Gewerkschaftsführern zu Abend, traf den angesehenen sozialistischen Professor Enrique Tierno

13 Entwurf eines Berichts der Präsidentin der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament, Käte Strobel, über die Außenbeziehungen der EWG, o. J. [Juni 1964], AdsD, Nachlass Käte Strobel 66.

14 Birgit Aschmann, "The Reliable Ally: Germany Supports Spain's European Integration Efforts, 1957-67", in: *Journal of European Integration History* 7 (2001), S. 37-51.

Galván und gab eine Pressekonferenz, auf der er erklärte, dass Spanien solange nicht in die EWG aufgenommen würde, bis seine Institutionen demokratisiert seien.<sup>15</sup> In der Bundesrepublik, die sich zum damaligen Zeitpunkt im Wahlkampf befand, stieß die Madrid-Reise des Mannes, der künftig Außenminister werden konnte, auf überaus positive Resonanz. In allen Medien wurde der kritisch-konstruktive Kontakt der SPD zum Spanien Francos begrüßt, der nicht nur die Reife der Opposition erkennen ließ, sondern außerdem eine Art Praxis jener Politik des *Wandels durch Annäherung* darstellte, welche die Sozialdemokraten damals für die kommunistischen Diktaturen vorschlugen.<sup>16</sup>

Die SPD, die unabhängig von anderen zu ihrer neuen Haltung gegenüber dem Franquismus gelangt war, vertraute darauf, dass die Reise Fritz Erlers die europäischen Genossen von der Wirksamkeit einer Strategie überzeugen würde, die – ausgehend von den tatsächlichen Gegebenheiten in Spanien – versuchte, die Demokratie im Land aktiv zu fördern.<sup>17</sup> Dies war jedoch eine vergebliche Hoffnung, und kein Mitglied der Sozialistischen Internationale zeigte Interesse am Weg, den die Deutschen eingeschlagen hatten. Im Gegensatz zur SPD hatte die Mehrheit der sozialistischen Parteien Europas keinen Prozess der vollständigen Entideologisierung durchgemacht, und der zum Mythos erhobene Spanische Bürgerkrieg setzte der Entwicklung von Haltungen, die von der Basis als ein Zugeständnis an das verhasste Regime Francos und als Verrat an den spanischen Demokraten gesehen werden konnten, enorme Widerstände entgegen. Eine solche Sicht wurde zudem von Seiten des PSOE genährt, deren alte im Exil lebende Führer weiter der Idee anhingen, dass allein der internationale Druck dem Franco-Regime ein Ende bereiten würde.<sup>18</sup> Wenn sie nicht unfreiwillig mit dem Faschismus kollaborieren wollten, erklärte Rodolfo Llopis, der Führer des PSOE, in verschiedenen Gremien, so müssten sich die Schwesterparteien der Sozialistischen Internationale entschieden jedem Vordringen des Franquismus in die EWG widersetzen. Zudem müssten die Sozialisten Europas jeden Kontakt mit Spanien einschließlich derer, die sich als Mitglieder der Opposition präsentierten, vermeiden. All jene, die – wie Enrique Tierno Galván – behaupteten, den Sozialismus in Spanien zu Lebzeiten Francos wiederaufzubauen, seien Träumer und die nützlichen Idioten des Regimes. Entsprechend dieser Argumentation prangerte der PSOE die Entschei-

15 Bericht Erlers an die SPD-Fraktion über seine Spanienreise, 04.05.1965, AdsD, Helmut Schmidt Archiv 5038.

16 Vgl. „Wallfahrt zum Caudillo“, Christ und Welt, 05.02.1965; „Erlers Stippvisite“, in: *Die Zeit*, 09.04.1965.

17 Vgl. „Spanien“, in: *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst*, 09.04.1965.

18 Vgl. Fernando Guirao, „The Spanish Socialist Party“, in: Richard T. Griffiths (Hg.), *Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's*, Leiden u. a. 1993, S. 251-272.

derung der EWG, einen Dialog mit der Regierung in Madrid zu eröffnen, als „einen für die Würde des spanischen Volkes erniedrigenden Akt“<sup>19</sup> an und kritisierte Fritz Erlers Reise in die spanische Hauptstadt als nicht tolerierbare Belohnung der SPD im Zuge der Bemühungen des Franquismus um internationale Anerkennung.<sup>20</sup> Professor Tierno Galván wurde aus dem PSOE ausgeschlossen, damit er sich nicht erneut vor den deutschen und europäischen Sozialisten als ein Vertreter der Partei in Spanien präsentieren konnte.<sup>21</sup> Angesichts der negativen Reaktion der Genossen der Sozialistischen Internationale auf den Besuch Erlers in Madrid sah die SPD, dass sie bei der Verteidigung einer pragmatischen Spanien-Politik allein stand, und dass sie von nun an öffentliche Aktionen wie die ihres stellvertretenden Vorsitzenden vermeiden musste, um nicht noch mehr Porzellan im heiligen Tempel des Antifranquismus zu zerbrechen.<sup>22</sup>

Im Gegensatz zu den Genossen der europäischen Sozialisten wussten die deutschen Gewerkschaften die neue Haltung der SPD zu Spanien und konkret deren Interesse an einer Unterstützung der Demokraten innerhalb des Landes zu schätzen. Wie kaum jemand anderes in Europa hatten sich die Gewerkschaften der Bundesrepublik, und hier insbesondere die IG Metall, seit Beginn der 1960er Jahre für die demokratische Sozialisierung der aus Ländern mit diktatorischen Regimen stammenden Gastarbeiter stark gemacht. Treibende Kräfte dieser Arbeit waren Max Diamant, der Leiter der Abteilung für ausländische Arbeitnehmer im Vorstand der IG Metall, und Hans Matthöfer, seines Zeichens Leiter der Bildungsabteilung und Mitglied des Bundestages, die beide eng mit Spanien verbunden waren.<sup>23</sup> Mit Unterstützung junger, in der Bundesrepublik lebender PSOE-Mitglieder betrieben Diamant und Matthöfer eine intensive und erfolgreiche Organisations- und Bildungsarbeit unter den Gastarbeitern. Schon früh traten die spanischen Metallarbeiter massiv der IG Metall bei und erreichten so Mitte der 1960er Jahre einen Organisations-

19 Kommuniké des Spanischen Komitee der Europäischen Bewegung, 03.06.1964, Historical Archives of the European Union, Florenz, Europäische Bewegung 1538.

20 Vgl. Pascual Tomás (Vorsitzender des PSOE) an Omer Bécu (Generalsekretär des IBFG), 16.04.1965, Archivo de la Fundación Largo Caballero, Alcalá de Henares, UGT 372-1.

21 Vgl. Rodolfo Llopis an Rolf Reventlow, 29.10.1965, AdsD, Nachlass Rolf Reventlow 166.

22 Vgl. Bericht Hans-Eberhard Dingels' über den Besuch von Rodolfo Llopis in der BRD, auf Einladung der SPD, 08.09.1965, AdsD, Nachlass Fritz Erler 154.

23 Max Diamant hatte während der ersten Monate des Bürgerkrieges mit dem POUM in Barcelona zusammengearbeitet und wurde im Frühjahr 1937 von seinem Genossen Willy Brandt abberufen. Was Hans Matthöfer betrifft, besuchte dieser Spanien seit den 1950er Jahren und hatte die antifranquistische Sache zu seiner eigenen gemacht. Zu Hans Matthöfer, vgl. Werner Abelschauser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009 und Patrik von zur Mühlen/Antonio Muñoz Sánchez/Johannes Platz (Hg.), Max Diamant – Widerstand, Exil und gewerkschaftliche Aufbauarbeit, Bonn 2014.

grad, der eher dem ihrer deutschen Kollegen als dem anderer Gastarbeiter entsprach. Die Tatsache, dass die Gewerkschaft bis zum Tode Francos weltweit die Arbeiterorganisation mit den meisten spanischen Mitgliedern war (20.284 im Jahr 1965), lässt das enorme Bemühen der IG Metall um diese Anhängerschaft erkennen.<sup>24</sup> Der Gedankengang der IG Metall war dabei folgender: Wenn die Emigranten nach Spanien zurückkehrten, dann würden sie ihren Kollegen von den in Deutschland gemachten Erfahrungen und Kenntnissen berichten und die aktivsten unter ihnen würden sich der Gewerkschaftsbewegung anschließen, die sich nach Jahren der harten Unterdrückung zum damaligen Zeitpunkt neu zu organisieren begann.<sup>25</sup> Das bedingungslose Engagement der IG Metall für die antifranquistische Sache führte zudem zur Unterstützung jener jungen PSOE-Mitglieder in Spanien, die sich den Anweisungen ihrer im Exil befindlichen Führer widersetzen und für eine Wiederbelebung der sozialistischen Bewegung im Inneren kämpften. Hans Matthöfer und Max Diamant empfahlen der SPD außerdem nachdrücklich, ihre Haltung zu den Absichten der spanischen Regierung, sich der EWG anzunähern, vom Umgang Madrids mit jener Sozialisten Bewegung abhängig zu machen, die sich im Lande langsam zu reorganisieren begann.<sup>26</sup>

Als wenige Monate nach der Wahl vom September 1965 die ersten Zeichen einer Krise der neu gewählten Regierung Ludwig Erhards die baldige Bildung einer Großen Koalition erahnen ließen, fand die Führung der SPD aber trotz allem wenig Gründe, dem Ratschlag der IG Metall nach einer Wende ihrer Spanien-Politik hin zur Unterstützung einer sozialistischen Opposition, die sie für extrem schwach und uneins hielt, zu folgen. Die SPD neigte vielmehr dazu, sich bereits vollkommen mit der Politik der deutschen Konservativen zu identifizieren, in der man keinerlei Form des Druckes auf das Franco-Regime ins Auge fasste, um dessen Öffnung zu erzwingen. Statt einer öffentlichen Debatte aus Anlass des 30. Jahrestages des Bürgerkriegs, in der Golo Mann mit einer Reihe in der *ZEIT* veröffentlichter Artikel die Führung übernahm, festigte sich unter den Mitgliedern der SPD diese Tendenz. In seinen Artikeln plädiert der Historiker dafür, dass der progressive Teil des demokratischen Europas seine tief verwurzelten Vorurteile gegenüber Franco-Spanien überprüfen und eine konstruktivere Haltung im Umgang mit dem Land entwickeln solle. Golo Manns Ausgangspunkt war der Bruch mit einem Tabu. Er behauptete, dass der Spanische Bürgerkrieg nicht, wie

24 Vgl. Geschäftsbericht der IG Metall 1965-1967, Frankfurt a.M. 1968, S. 106.

25 Vgl. Antonio Muñoz Sánchez, „La Unión General de Trabajadores y los sindicatos alemanes frente a la emigración española en la República Federal de Alemania“, in: Ana Fernández Asperilla (Hg.), Gente que se mueve. Cultura política, acción colectiva y emigración española, Madrid 2011, S. 231-316.

26 Vgl. Max Diamant an Willy Brandt, 26.03.1966, AdsD, DGB 24/1431.



viele in Europa glaubten, vom internationalen Faschismus entfesselt worden sei. In Wirklichkeit würde dieser einen internen Konflikt darstellen, an dem sowohl die putschenden Militärs als auch die spanische Linke Schuld hätte, die die demokratische Republik weder zu verteidigen gewusst noch dies überhaupt gewollt habe. Ohne Zweifel konnte sich der Franquismus in Folge einer brutalen Unterdrückung konsolidieren, doch falls die andere, von den Kommunisten beherrschte Seite gewonnen hätte, wäre deren Regime noch blutiger ausgefallen. Egal, wie übel die Franco-Diktatur in den Augen eines Demokraten auch erscheinen mag, Fakt sei, dass die anarchische Nation Spanien dank des Regimes die längste Stabilitätsperiode ihrer ganzen jüngeren Geschichte erlebe. Dies erlaube eine explosionsartige Modernisierung, die in wenigen Jahren mit den großen sozialen Ungerechtigkeiten aufräumen werde, die es im letzten Jahrhundert verhindert hätten, dass die Demokratie in Spanien Wurzeln schlagen konnte. Laut Mann sollten die fortschrittlichen Kräfte Europas einsehen, dass jener langsame Reifeprozess eine innere Angelegenheit Spaniens sei, und dass jeder auf die Beeinflussung seines Tempos gerichtete äußere Druck sich als kontraproduktiv erweisen werde. Wenn sie wirklich etwas zur Vorbereitung der demokratischen Zukunft tun wollten, die in jedem Fall erst nach dem Tode Francos anbrechen könne, dann sollte die europäische Linke den nachtragenden Genossen im Exil keinerlei Gehör schenken, die Spanien lediglich zum Radikalismus des Jahres 1936 zurückführen wollten, und sich darauf konzentrieren, im Land, über Kontakte zu allen sozialen Bereichen und zum Regime selbst, die Anziehungskraft des europäischen Demokratiemodells zu fördern.<sup>27</sup>

Diese für die Gegenwart und Zukunft Spaniens so optimistischen Gedanken entfalteten eine große Wirkung auf Willy Brandt, was die Tatsache belegt, dass er sich noch ein Jahr später auf die Artikel Golo Manns bezog, um die tiefere Motivation seiner politischen Haltung zum Franquismus zu erklären.<sup>28</sup> Kurz davor, die Position als ewige Opposition der Bonner Republik aufgeben zu können, war die SPD schon jetzt die dem Regime Francos am wohlwollendsten gegenüberstehende Partei der europäischen Linken. Zugleich war sie aber auch die einzige, die über eine konstruktive Strategie verfügte, um die Demokratie im Land zu fördern. Außerdem gab es neben ihr keine Partei, die einen direkten Kontakt mit den dortigen Sozialisten unterhielt, denen sie – zum Missfallen der PSOE im Exil – über die Friedrich-

27 Vgl. Golo Mann, „Auch unter Franco wächst die Freiheit“, in: Die Zeit, 28.01.1966; „Korrekturen am Spanien-Klischee“, in: Die Zeit, 11.02.1966; „Hoffnung für Spanien“, in: Die Zeit, 04.03.1966.

28 Vgl. Willy Brandt an Knut Nevermann (AstA FU Berlin), 20.03.1967, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Berlin, B1/338.

Ebert-Stiftung Hilfe zukommen ließ.<sup>29</sup> Die Aufgabe des antifranquistischen Katechismus seitens der SPD-Führung kann man dabei nicht ohne den Prozess einer tiefgreifenden Entideologisierung verstehen, den die SPD nach Bad Godesberg durchlief. Nur so war sie in der Lage gewesen, das Vertrauen einer deutschen Gesellschaft zu gewinnen, die von einem felsenfesten *konservativen Konsens* bestimmt war und allergisch auf linke und antifranquistische Diskurse reagierte.<sup>30</sup>

## Die Spanienpolitik Brandts als Außenminister der Großen Koalition

Als man in der Bundesrepublik die Große Koalition bildete, wurde in Spanien das so genannte *Ley Orgánica del Estado* (*Organgesetz des Staates*) verabschiedet, das der Höhepunkt der regimeseitig zu Beginn des Jahrzehnts eingeleiteten Liberalisierung werden sollte. Trotz ihrer klaren Grenzen wurde diese *franquistische Verfassung* von der deutschen Regierung einstimmig als eine Plattform für die Vertiefung des in Gang gebrachten Reformprozesses und sogar als der Grundstein einer künftigen Demokratie begrüßt.<sup>31</sup> Die Überzeugung, dass die von Spanien in den letzten Jahren durchlebte positive Dynamik viel mit den Erwartungen des Landes auf eine Annäherung an die EWG zu tun habe, brachte den neuen Außenminister Willy Brandt dazu, die seit ihrem Start im Jahre 1964 sehr langsam vorangehenden Verhandlungen Brüssels mit Madrid anzukurbeln. Die Lösung der Blockade wurde schließlich dank der Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs erreicht, die traditionell koordiniert auftraten, um die Interessen Spaniens gegenüber der EWG zu verteidigen.<sup>32</sup> In der Debatte, die damals in Hinblick auf die Frage geführt wurde, welche Art Partnerschaft Madrid angeboten werden sollte, verteidigte die Bonner Regierung die Assoziation. So legte es die SPD auch öffentlich dar, um einen Vorschlag zu rechtfertigen, der noch nie von einer Organisation der europäischen Linken verfochten worden war. Die Verantwortung zu erklären, warum es die Partei für notwendig erachtete, den Bir-

29 Vgl. Antonio Muñoz Sánchez, Von der Franco-Diktatur zur Demokratie. Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, Bonn 2013, S. 33f.

30 Vgl. Rainer Wohlfeil, „Der spanische Bürgerkrieg 1936-1939. Zur Deutung und Nachwirkung“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 101-119, hier S. 117-119.

31 Vgl. Der Botschafter der BRD Helmut Allardt an das Auswärtige Amt, 13.12.1966, PA AA, B1/341. „Liberalisierung in Spanien?“, in: SPD Pressedienst, 14.12.1966.

32 Vgl. Birgit Aschmann, „Partner in der Protektion: Die deutsch-französische Kooperation zugunsten einer EWG-Integration Spaniens“, in: Historische Mitteilungen 12 (1999), S. 262-274.

*kelbach-Report* (1962) des Europäischen Parlaments – der festlegte, dass nur demokratische Länder der EWG assoziiert werden könnten – Makulatur werden zu lassen, kam in Gestalt eines Artikels des künftigen Ministers Hans Apel zu, der in Europa weite Verbreitung fand. Darin hieß es unter anderem:

Es geht viel mehr als um einen Assoziationsvertrag, der in enger Auslegung kaum mehr als ein Handelsabkommen wäre. Es geht darum, ob Spanien über eine EWG-Assoziierung *schrittweise* gleichberechtigt in das Konzert der westeuropäischen Nationen aufgenommen werden soll. Unbestreitbar ist Spanien heute keine Demokratie westlicher Prägung. [...] Trotzdem kann wohl nicht bestritten werden, daß Franco-Spanien heute ein anderes Gesicht zeigt als vor 20 Jahren. Weitere Reformen werden in diesen Tagen angekündigt und heftig diskutiert. [...] Es kann nicht übersehen werden, wie tief diese Reformen gehen werden, ob sie einen echten Prozeß der Demokratisierung auslösen. Eins steht fest. Auch in Spanien wirkt das Gesetz „Wandel durch Handel“. Enge Wirtschaftsbeziehungen, Ströme von Touristen in Spanien und von Gastarbeitern in Westeuropa, verändern auch die politische Landschaft. Dieser Prozeß würde bei engeren Bindungen an die EWG sicherlich an Dynamik gewinnen. Es ist schwer für die Älteren, die Greuel der Falange im spanischen Bürgerkrieg zu vergessen. Die jungen Politiker dürfen die Vorbehalte gegen Franco-Spanien nicht leicht nehmen. Sie müssen sich der Leiden der Exil Spanier bewußt sein. Und dennoch muß unsere Spanien-Politik frei sein von Ressentiments und Vorurteilen. Unser Ziel ist, Spanien in den Kreis der europäischen Demokratien zurückzuführen. Auf unsere Weise versuchen wir, die Ziele des gescheiterten republikanischen Widerstandes heute zu sichern. Deswegen kann es kein klares Nein geben, wenn Spanien an die Tür der EWG klopft [...].<sup>33</sup>

Schlussendlich schafften es Frankreich und Deutschland allerdings nicht, die restlichen Mitglieder von ihrer Ablehnung einer Assoziation Spaniens abzubringen, und im Sommer 1967 bot der Rat der Madrider Regierung an, mit dem Ziel einer Zollunion über ein Präferenzabkommen zu verhandeln. Die Bonner Regierung sah, dass dies ein „recht dürftiges“ Angebot war. Auf jeden Fall galt jedoch: Angesichts der Tatsache, dass sich während der Verhandlungen „sehr viele Schwierigkeiten nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art ergaben, begrüßen wir es, wenn jetzt wenigstens dieser bescheidene Anfang“<sup>34</sup> gemacht wird.

Obwohl sie dies nie wieder in einer so eindeutigen Form würde erkennen lassen, bestand die tiefere Motivation der von der SPD gegenüber Spanien bis zum Ende der Franco-Diktatur eingenommenen Politik in dem, was Hans

33 Hans Apel, „Europa kann auf Spanien nicht verzichten“, Europäische Gemeinschaft, Februar 1967. Hervorhebung im Original.

34 Bericht des Auswärtigen Amtes über Spanien und die EWG, o.J. [Juli 1967], PA AA, B20-200-1263.

Apel in seinem Artikel Anfang 1967 dargelegt hatte. In Übereinstimmung mit den Prinzipien der *Ostpolitik* verfocht die SPD die Haltung, das Regime Francos so eng wie möglich an die EWG zu binden, um auf diese Weise das Tempo der Modernisierung des Landes zu beschleunigen und innerhalb der spanischen Gesellschaft die Attraktivität des westlichen Wohlstands- und Demokratiemodells zu erhöhen.<sup>35</sup> Während die Politik von Entspannung und Kooperation im Fall Osteuropas zum damaligen Zeitpunkt eine Art langfristige Investition bzw. Zukunftsmusik darstellte, erntete man in Spanien die Früchte dieser Strategie tagtäglich in Gestalt einer Liberalisierung und der Öffnung von *Räumen der Freiheit* für die demokratischen Kräfte – was die SPD in der Überzeugung bestärkte, auf dem richtigen Weg zu sein.

Der sich Ende der 1960er Jahre wandelnde Zeitgeist sollte sich jedoch ernsthaft auf die von der Regierung der Großen Koalition verfolgte Strategie einer *Europäisierung* der Franco-Diktatur auswirken. Die rasend schnellen Umschwünge der öffentlichen Meinung in Deutschland und Europa ermöglichten das Paradox, der Annäherungspolitik an die kommunistischen Regime Vorschub zu leisten und erstmals den Umgang mit den rechtsgerichteten Diktaturen zu erschweren. Inmitten der bundesrepublikanischen Studentenunruhen entfalteten der Militärputsch in Griechenland und die von der portugiesischen Luftwaffe mit Flugzeugen aus deutscher Produktion vorgenommene Bombardierung der Zivilbevölkerung in den afrikanischen Kolonien eine enorme Wirkung in einer von den neuartigen Fernsehübertragungen faszinierten Gesellschaft. Zum ersten Mal setzte sich der ganz normale Bürger mit der Frage der nicht-kommunistischen Diktaturen Europas und der Politik, die die eigene Regierung diesen gegenüber verfolgte, auseinander.<sup>36</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass man ihn zur damaligen Zeit einstimmig als ‚weiche Diktatur‘ (als so genannte *dictablanda*) betrachtete, machten das Stigma eines faschistischen Ursprungs und sein langer verbrecherischer Werdegang den Franquismus zur perfekten Zielscheibe für die wiedererwachten und streitlustigen Stimmen der Linken. Unter einem solchen Druck wich die umgängliche Haltung zum Franquismus, die bis dahin in der Bundesrepublik dominiert hatte, schnell sehr viel kritischeren und aggressiveren Positionen. Auch der Bürgerkrieg wurde nicht mehr nach dem Muster der Nazi-Propaganda betrachtet, wie es bislang die Norm in der Bundesrepublik gewesen war, und Bücher von Spanienkämpfern wie Rolf Reventlow (*Spanien in diesem Jahrhundert*, 1968) oder

35 Vgl. Helga Haftendorn, „Transformation und Stabilität – Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik“, in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 1-22, hier S. 8-9.

36 Vgl. François Bondy, „Umgang mit Diktaturen. Griechenland, Spanien, Portugal“, o.A. [Mai 1968], S. 141-146.

*kelbach-Report* (1962) des Europäischen Parlaments – der festlegte, dass nur demokratische Länder der EWG assoziiert werden könnten – Makulatur werden zu lassen, kam in Gestalt eines Artikels des künftigen Ministers Hans Apel zu, der in Europa weite Verbreitung fand. Darin hieß es unter anderem:

Es geht viel mehr als um einen Assoziationsvertrag, der in enger Auslegung kaum mehr als ein Handelsabkommen wäre. Es geht darum, ob Spanien über eine EWG-Assoziierung *schrittweise* gleichberechtigt in das Konzert der westeuropäischen Nationen aufgenommen werden soll. Unbestreitbar ist Spanien heute keine Demokratie westlicher Prägung. [...] Trotzdem kann wohl nicht bestritten werden, daß Franco-Spanien heute ein anderes Gesicht zeigt als vor 20 Jahren. Weitere Reformen werden in diesen Tagen angekündigt und heftig diskutiert. [...] Es kann nicht übersehen werden, wie tief diese Reformen gehen werden, ob sie einen echten Prozeß der Demokratisierung auslösen. Eins steht fest. Auch in Spanien wirkt das Gesetz „Wandel durch Handel“. Enge Wirtschaftsbeziehungen, Ströme von Touristen in Spanien und von Gastarbeitern in Westeuropa, verändern auch die politische Landschaft. Dieser Prozeß würde bei engeren Bindungen an die EWG sicherlich an Dynamik gewinnen. Es ist schwer für die Älteren, die Greuel der Falange im spanischen Bürgerkrieg zu vergessen. Die jungen Politiker dürfen die Vorbehalte gegen Franco-Spanien nicht leicht nehmen. Sie müssen sich der Leiden der Exil Spanier bewußt sein. Und dennoch muß unsere Spanien-Politik frei sein von Ressentiments und Vorurteilen. Unser Ziel ist, Spanien in den Kreis der europäischen Demokratien zurückzuführen. Auf unsere Weise versuchen wir, die Ziele des gescheiterten republikanischen Widerstandes heute zu sichern. Deswegen kann es kein klares Nein geben, wenn Spanien an die Tür der EWG klopft [...].<sup>33</sup>

Schlussendlich schafften es Frankreich und Deutschland allerdings nicht, die restlichen Mitglieder von ihrer Ablehnung einer Assoziation Spaniens abzubringen, und im Sommer 1967 bot der Rat der Madrider Regierung an, mit dem Ziel einer Zollunion über ein Präferenzabkommen zu verhandeln. Die Bonner Regierung sah, dass dies ein „recht dürftiges“ Angebot war. Auf jeden Fall galt jedoch: Angesichts der Tatsache, dass sich während der Verhandlungen „sehr viele Schwierigkeiten nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art ergaben, begrüßen wir es, wenn jetzt wenigstens dieser bescheidene Anfang“<sup>34</sup> gemacht wird.

Obwohl sie dies nie wieder in einer so eindeutigen Form würde erkennen lassen, bestand die tiefere Motivation der von der SPD gegenüber Spanien bis zum Ende der Franco-Diktatur eingenommenen Politik in dem, was Hans

33 Hans Apel, „Europa kann auf Spanien nicht verzichten“, Europäische Gemeinschaft, Februar 1967. Hervorhebung im Original.

34 Bericht des Auswärtigen Amtes über Spanien und die EWG, o.J. [Juli 1967], PA AA, B20-200-1263.

Apel in seinem Artikel Anfang 1967 dargelegt hatte. In Übereinstimmung mit den Prinzipien der *Ostpolitik* verfocht die SPD die Haltung, das Regime Francos so eng wie möglich an die EWG zu binden, um auf diese Weise das Tempo der Modernisierung des Landes zu beschleunigen und innerhalb der spanischen Gesellschaft die Attraktivität des westlichen Wohlstands- und Demokratiemodells zu erhöhen.<sup>35</sup> Während die Politik von Entspannung und Kooperation im Fall Osteuropas zum damaligen Zeitpunkt eine Art langfristige Investition bzw. Zukunftsmusik darstellte, erntete man in Spanien die Früchte dieser Strategie tagtäglich in Gestalt einer Liberalisierung und der Öffnung von *Räumen der Freiheit* für die demokratischen Kräfte – was die SPD in der Überzeugung bestärkte, auf dem richtigen Weg zu sein.

Der sich Ende der 1960er Jahre wandelnde Zeitgeist sollte sich jedoch ernsthaft auf die von der Regierung der Großen Koalition verfolgte Strategie einer *Europäisierung* der Franco-Diktatur auswirken. Die rasend schnellen Umschwünge der öffentlichen Meinung in Deutschland und Europa ermöglichten das Paradox, der Annäherungspolitik an die kommunistischen Regime Vorschub zu leisten und erstmals den Umgang mit den rechtsgerichteten Diktaturen zu erschweren. Inmitten der bundesrepublikanischen Studentenunruhen entfalteten der Militärputsch in Griechenland und die von der portugiesischen Luftwaffe mit Flugzeugen aus deutscher Produktion vorgenommene Bombardierung der Zivilbevölkerung in den afrikanischen Kolonien eine enorme Wirkung in einer von den neuartigen Fernsehübertragungen faszinierten Gesellschaft. Zum ersten Mal setzte sich der ganz normale Bürger mit der Frage der nicht-kommunistischen Diktaturen Europas und der Politik, die die eigene Regierung diesen gegenüber verfolgte, auseinander.<sup>36</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass man ihn zur damaligen Zeit einstimmig als ‚weiche Diktatur‘ (als so genannte *dictablanda*) betrachtete, machten das Stigma eines faschistischen Ursprungs und sein langer verbrecherischer Werdegang den Franquismus zur perfekten Zielscheibe für die wiedererwachten und streitlustigen Stimmen der Linken. Unter einem solchen Druck wich die umgängliche Haltung zum Franquismus, die bis dahin in der Bundesrepublik dominiert hatte, schnell sehr viel kritischeren und aggressiveren Positionen. Auch der Bürgerkrieg wurde nicht mehr nach dem Muster der Nazi-Propaganda betrachtet, wie es bislang die Norm in der Bundesrepublik gewesen war, und Bücher von Spanienkämpfern wie Rolf Reventlow (*Spanien in diesem Jahrhundert*, 1968) oder

35 Vgl. Helga Haftendorn, „Transformation und Stabilität – Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik“, in: Horst Möller/Maurice Vaisse (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 1-22, hier S. 8-9.

36 Vgl. François Bondy, „Umgang mit Diktaturen. Griechenland, Spanien, Portugal“, o.A. [Mai 1968], S. 141-146.

von kritischen Beobachtern des Regimes wie dem Journalisten Hans-Joachim Sell (*An Spaniens Fell zerren Dämonen*, 1968) waren nicht länger bloß Literatur für Randgruppen. Zudem trugen die Presse, und hier insbesondere die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit ihrem Madrid-Korrespondenten Walter Haubrich,<sup>37</sup> und die immer aktiver werdenden spanischen Gastarbeiter mit ihren Kundgebungen, auf denen sie Freiheit für ihr Vaterland forderten, dazu bei, dass sich in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik die Idee verbreitete, der Franquismus sei längst nicht mehr nur für Spanien, sondern für ganz Europa ein Ballast.<sup>38</sup>

Ein paradigmatisches Beispiel für die Beeinflussung der spanisch-deutschen Beziehungen durch die gesellschaftlichen Veränderungen am Ende der 1960er Jahre stellt der Konflikt um die Radiosendungen des Bayerischen Rundfunks für Gastarbeiter dar. Diese Programme hatte man 1964 auf Beschluss der Bonner Regierung geschaffen, die damit auf die Sorge der Regierungen Italiens, Griechenlands, der Türkei und Spaniens reagierte, dass ihre in die Bundesrepublik emigrierten Bürger massiv die von den Radiosendern der kommunistischen Länder ausgestrahlten muttersprachlichen Programme hörten.<sup>39</sup> Das täglich 45 Minuten umfassende Programm des Bayerischen Rundfunks auf Spanisch wurde unter den mehr als 200.000 in Deutschland wohnhaften Spaniern zu einem enormen Erfolg und ließ den Konsum kommunistischer Sender massiv einbrechen.<sup>40</sup> Die Sendung, die mit dem Ziel zu unterhalten und die Emigranten von einer Politisierung fernzuhalten begonnen hatte, wandelte sich unter dem Einfluss einer den rechtsgerichteten Regimen des südlichen Europas immer kritischer gegenüberstehenden öffentlichen Meinung jedoch nach und nach zur Stimme der spanischen Demokraten in Deutschland. Die Autoritäten in Madrid verfolgten diese, von ihnen als Verfallsprozess wahrgenommene, Entwicklung der spanischsprachigen Sendung des Bayerischen Rundfunks alarmiert. Ab 1967 machte der spanische Botschafter in Bonn gegenüber dem Auswärtigen Amt mit stetig wachsender Häufigkeit sein Unbehagen deutlich, sobald der Moderator ein Mitglied der Opposition befragte oder mit größter Natürlichkeit eine in irgendeiner deutschen Stadt gegen Franco gerichtete Demonstration kom-

37 Vgl. Walter Haubrich, *Spaniens schwieriger Weg in die Freiheit. Von der Diktatur zur Demokratie*, 5 Bde., Berlin 1995-2006.

38 Vgl. Carlos Sanz, „Las movilizaciones de los emigrantes españoles en Alemania bajo el franquismo. Protesta política y reivindicación sociolaboral“, in: *Migraciones y Exilios* 7 (2006), S. 51-80.

39 Vgl. Senat Hadzic y Antonio Muñoz Sánchez, „Kalter Krieg und Migration“, in: Kölnischer Kunstverein, Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt am Main, Projekt Migration, Köln 2005, S. 35-42.

40 Vgl. Bericht über die Gastarbeitersendungen, o.J. [1969], Bayerischer Rundfunk Archiv, München, HD/11675.

mentiert hatte. Die Geduld der spanischen Regierung war im September 1968 zu Ende, als der Programmleiter von Franco als „einem auf den Kampf gegen die Spanier spezialisierten spanischen General“ sprach.<sup>41</sup> Der spanische Informationsminister höchstpersönlich schaltete sich damals in die Angelegenheit ein und Manuel Fraga forderte von Bonn, diese von einem öffentlich-rechtlichen Radio begangene „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spanien[s]“ zu beenden.<sup>42</sup> Die Bundesregierung tat alles in ihrer Macht stehende, um die spanische Regierung zufriedenzustellen, erreichte jedoch überhaupt nichts, da der Bayerische Rundfunk daran festhielt, seine Statuten würden ihn zwingen, demokratische Prinzipien zu fördern.<sup>43</sup> Der kritische Ton verschwand nicht nur nicht aus den Sendungen auf Spanisch, sondern nahm sogar zu, und zwar in dem Maße, in dem die Repression gegen die wachsende Demokratiebewegung in Spanien und die Politisierung der Spanier in der Bundesrepublik anwuchs. *Radio Cohn-Bendit*, wie es von Seiten der spanischen Presse genannt wurde, fuhr also fort, die bilateralen Beziehungen in den kommenden Jahren zu vergiften.<sup>44</sup>

Vom frischen Wind, der in der europäischen und in der deutschen Gesellschaft wehte, profitierten innerhalb der SPD auch jene, die mit der pragmatischen Linie, die der Parteivorstand gegenüber der Diktatur Francos eingeschlagen hatte, nicht übereinstimmten. Als Kopf dieser Gruppierung wirkte Hans Matthöfer, der wegen seiner intensiven Beschäftigung mit den Angelegenheiten Spaniens innerhalb der politischen Kreise Bonns schließlich scherzhaft als der *Abgeordnete von Barcelona* bekannt werden sollte. Matthöfers Argumente und auch sein *modus operandi*, den Rückhalt und das Bündnis der linken öffentlichen Meinung zu suchen, traten bereits in den ersten Monaten der Großen Koalition hervor. Über den oben zitierten Text Hans Apels, die lobenden Einlassungen irgendwelcher weltfremder SPD-Bundestagsabgeordneten zur Sozialpolitik des Franco-Regimes während ihrer Besuche in Spanien und die immer häufiger werdenden Besuche spanischer Minister in der Bundesrepublik verärgert, und zudem angespornt von der Tatsache, dass die Führung seiner Partei seinen Beschwerden kein Gehör schenkte, veröffentlichte Matthöfer in der *Frankfurter Rundschau* einen Artikel, in dem er die Große Koalition beschuldigte, eine Politik voranzutreiben, die den Anspruch verfolge, dass Franco-Spanien „nach und nach in den Au-

41 Der spanische Botschafter José de Erice an das Auswärtige Amt, 19.09.1968, Bundesarchiv (BArch), Koblenz, B145/6646.

42 Manuel Fraga an den deutschen Botschafter in Madrid Hermann Meyer-Lindenberg, 04.10.1968, BArch, B145/6646.

43 Vgl. Roberto Sala, *Fremde Worte. Medien für „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik*, Paderborn 2011, S. 91ff.

44 Vgl. „Radio Baviere al servicio de Pankow“, Arriba, o.J. [1969].

gen der deutschen und europäischen Öffentlichkeit präsentabel zu machen.“ Matthöfer forderte von den Ministern der SPD, auf diese Politik zu verzichten, und statt in Brüssel als ‚Sprachrohr‘ des Franco-Regimes aufzutreten, sollten die Resolutionen der Sozialistischen Internationale respektiert werden, indem man sich jeder Übereinkunft zwischen Madrid und der EWG widersetze, solange Spanien die Bürgerrechte nicht respektiere.<sup>45</sup> Von seinem impulsiven Wesen mitgerissen, zögerte Matthöfer auch nicht, selbst dem Vorsitzenden der SPD eine zu nachgiebige Haltung gegenüber dem Franquismus vorzuwerfen. Willy Brandt fühlte sich von dieser Kritik beleidigt und vermied von da an die Debatte mit Hans Matthöfer über spanische Themen.<sup>46</sup>

Mit dem Näherrücken des biologischen Endes Francos verschärfte sich der Kampf zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Regimes. In dieser Auseinandersetzung suchten die *aperturistas* Unterstützung bei den befreundeten Regierungen, insbesondere bei denen Frankreichs und der Bundesrepublik. Sie präsentierten sich wie von den mächtigen *inmovilistas* gepeinigten heimliche Demokraten und argumentierten<sup>47</sup>, dass der entscheidende Punkt, der es ihnen schlussendlich ermöglichen würde, die Nach-Franco-Ära zu beherrschen, darin bestünde, die Annäherung Spaniens an Europa zu forcieren. Wenn das zum damaligen Zeitpunkt verhandelte Abkommen mit der EWG die enormen Hoffnungen, die man in dieses legen würde, am Ende enttäuschte, dann würde die Orientierung auf Europa unter den engagierten Kräften des Landes allgemein in Misskredit geraten und es käme zu einer Erstarkung der sich dem Fortschritt widersetzenen Kräfte des Regimes, das Europa definitiv den Rücken zukehren und die politische Liberalisierung stoppen würde. Diese Argumentation war das Mantra in vielen vertraulichen Gesprächen unter Vertretern beider Länder, wie beispielsweise dem zwischen Kanzler Kurt-Georg Kiesinger und Außenminister Fernando Castiella im Zuge des einzigen offiziellen Besuchs eines demokratisch gewählten europäischen Regierungschefs in Franco-Spanien.<sup>48</sup> Der deutsche Botschafter in Madrid, der seit Jahren die Meinung verfocht, dass es ohne eine zunehmende Bindung des Landes an Europa in Spanien keinen Wandel zum Positiven geben werde, stimmte mit den *aperturistas* überein und warnte wiederholt, dass jedes den Wünschen Madrids in der EWG in den Weg ge-

45 Vgl. Hans Matthöfer, „Seltsames Zusammenspiel zwischen Bonn und Madrid“, in: Frankfurter Rundschau, 03.08.1967.

46 Vgl. Werner Abelshauser, Nach dem Wirtschaftswunder, S. 204.

47 Ein extremer Fall war Außenminister Gregorio López Bravo, der mit seinem deutschen Kollegen Walter Scheel im Jahr 1970 scherzte, dass er vielleicht eines Tages in der BRD würde Asyl beantragen müssen. Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1970, Dok. 172.

48 Vgl. ebd., 1968, Dok. 355.

stellte Hindernis am Ende das schwierige Vorangehen eines ‚zwei Schritt vor, einen zurück‘ zum Erliegen bringen würde, dem das Land auf seinem Weg zu einer demokratischen Zukunft folge.<sup>49</sup>

Von der Stichhaltigkeit dieser Argumente überzeugt, hatte Willy Brandt nicht vor, die während der konservativen Regierungsjahre eingegangenen freundschaftlichen Beziehungen auch nur minimal zu modifizieren und akzeptierte es sogar, im Rahmen der Konsultationen der Außenminister beider Länder nach Madrid zu reisen. Weder die spanischen Sozialisten noch die entscheidenden Kreise der deutschen Linken konnten den Vorsitzenden der SPD davon überzeugen, seine Reise abzusagen,<sup>50</sup> und dass es am Ende nicht zu ihr kam, lag daran, dass sie mit der offiziellen Reise des Kanzlers nach Spanien zusammenfiel, zu der sich dieser unerwarteterweise und ohne sich mit seinem Außenminister zu besprechen, entschlossen hatte.<sup>51</sup> Im Winter 1969 löste ein in Spanien verhängter Ausnahmezustand in der Bundesrepublik Demonstrationen aus, an deren Spitze die aktiven Gruppen antifranquistisch eingestellter Emigranten standen. Zugleich gab es Proteste gegen die von der Koalition gegenüber dem Regime Francos eingenommene freundschaftliche Haltung, die ungeschickterweise genau in jenen Tagen mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Manuel Fraga deutlich wurde. Als Sprecher der aufgebrachten Linken des Landes, forderte der Abgeordnete Hans Matthöfer im Bundestag von der Regierung eine Erklärung für diese Auszeichnung des franquistischen Ministers.<sup>52</sup> Sogar angesichts dieser Welle der Kritik blieb Willy Brandt bei seiner Haltung und akzeptierte lediglich, die Verleihung von Auszeichnungen an Minister zu streichen und den Umfang bilateraler Begegnungen zu reduzieren. Diese Gesten sollten verhindern, dass die spanische Opposition und die Linke in Ländern, in denen wie in Holland oder in Skandinavien eine stark antifranquistische Meinung dominierte, glauben könnten, dass „wir das Regime bedingungslos unterstützen“. <sup>53</sup> In Hinblick auf die Verhandlungen Spaniens mit der EWG unterstützte die Bundesregierung weiter alle Forderungen Madrids, „weil damit das liberale Element

49 Vgl. Helmut Allardt an das Auswärtige Amt zur politischen Situation in Spanien, 10.10.1967, PA AA, B26/389.

50 Vgl. Otto Brenner (Vorsitzender der IG Metall) an Willy Brandt, 13.03.1968, AdsD, IMB 885; Brandt an Brenner, 19.03.1968, AdsD, Willy Brandt Archiv A11.1/1.

51 Vgl. Telegramm des Staatssekretärs Paul Frank (aus Abidjan) an das Auswärtige Amt, mit der Mitteilung von Brandts Entscheidung, die Reise nach Spanien nicht anzutreten, 29.03.1968, PA AA, B1/339.

52 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Sitzung vom 28.02.1969, S. 11852-11854.

53 Vorschlag Dr. Hansen an seinen Minister Willy Brandt zur Reaktion auf die Verhängung des Ausnahmezustands in Spanien (26.02.1969), von Brandt mit seiner Unterschrift gegenzeichnet (01.03.1969), PA AA, B26/387.

innerhalb der heutigen politischen Realität Spaniens gestärkt und auf diese Weise den Interessen Spaniens auf lange Sicht mehr gedient wird als durch unsere negative Haltung.<sup>54</sup>

Ende der 1960er Jahre bewertete die deutsche Regierung die Ergebnisse der von ihr gegenüber der Franco-Diktatur eingenommenen Politik als positiv. Mit ihren öffentlichen und privaten Investitionen, dem Wachstum des wirtschaftlichen Austauschs, dem Tourismus, der Arbeitsmigration sowie der Verteidigung einer Annäherung an die EWG habe die Bundesrepublik dazu beigetragen, dass das Land auf der Iberischen Halbinsel seinen Rückzug überwand und sich nach und nach in die reiche westliche Familie integrierte. Die positiven Effekte dieser *Europäisierung Spaniens* sprangen ins Auge. Die vom franquistischen System selbst vorangetriebene Modernisierung war dabei, neben der offiziellen Realität eine zweite soziale Wirklichkeit zu schaffen und das Regime immer überflüssiger und anachronistischer werden zu lassen. Prinz Juan Carlos von Bourbon, der im Juli 1969 zum Nachfolger Francos ernannt wurde, stand für die abwartende Generation, die aufgerufen war, nun, da diese Gesellschaft immer mehr dem westlichen Europa glich, die politische Bühne zu übernehmen.<sup>55</sup> Aus Bonner Perspektive gab es deshalb keinen Grund, die eingeschlagene politische Linie zu verlassen. Der deutsche Beitrag zum langsamen Prozess des Übergangs zum Postfranquismus sollte weiterhin darin bestehen, ein förderliches Umfeld zu schaffen, damit sich die das Land beherrschenden positiven Tendenzen festigten und so nach dem Tode des *Generalísimo* ein geordneter und von den vom spanischen Charakter so geschätzten Konflikten freier Schritt hin zu irgendeiner Form von Demokratie unternommen werden könne, was auch immer deren Beschaffenheit sein würde.<sup>56</sup>

## Spanien in der neuen europäischen Ordnung des Kanzlers Brandt

Im Oktober 1969 bildete Franco, eine Woche nachdem Willy Brandt sein Amt als erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik angetreten hatte, ein neues Kabinett, in dem Technokraten des Opus Dei die Mehrheit stellten. Als eine ihrer Prioritäten gab diese Regierung die Intensivierung der

54 Bericht des Auswärtigen Amts zu den Beziehungen zwischen Spanien und der EWG, 26.02.1969, PA AA, B20/200-1485.

55 Vgl. Hermann Meyer-Lindenberg an das Auswärtige Amt zur Ernennung Juan Carlos' zum Nachfolger Francos, 29.07.1969, PA AA, B26/386.

56 Vgl. Bericht Meyer-Lindenbergs über die spanische Politik im Jahr 1969, 29.01.1970, PA AA, B26/396.

Beziehungen zur EWG an. Obwohl es in wirtschaftlicher Hinsicht für Spanien überaus vorteilhaft sei, würde das bald anstehende Präferenzabkommen lediglich der erste Impuls auf einem um vieles ambitionierteren Weg sein. Mit den Gedanken an die politischen Hindernisse für einen Beitritt zu Lebzeiten Francos im Hinterkopf, die den Bürgern vom Regime stets beschönigt dargestellt worden waren, würde Madrid sich um die Partnerschaft bemühen und wäre dafür bereit, „die politischen Maßnahmen im Inneren [zu unternehmen], um Spanien ein demokratisches Antlitz zu geben.“<sup>57</sup> Die sozial-liberale Koalition begrüßte diese auf Europa hin orientierte Regierung und beschloss, sich in Brüssel für eine Assoziation Spaniens einzusetzen, welche kein „fertiges Produkt“, sondern vielmehr „dynamisch“ wäre und sich also „künftig in Richtung auf einen vollen Beitritt hin“ entwickeln könne.<sup>58</sup> Von diesem Vorgehen erwartete Bonn, dass sich die *aperturistas*, die nun in der Regierung die Mehrheit stellten, endgültig durchsetzen und mit den *inmovilistas* Schluss machen würden, um nach dem Tod Francos einen demokratischen Wandel anzuführen, der alle im *Organgesetz des Staates* liegenden Potentiale entwickle.

Das blinde Vertrauen darauf, dass die anhaltende wirtschaftliche Entwicklung und die Annäherung an Europa die Diktatur nicht stärken würden, machte die in Bonn bestehende Sorge über die geringe Neigung zu innenpolitischen Reformen, die die neue spanische Exekutive sehr bald an den Tag legte, mehr als wett.<sup>59</sup> Aus der Not eine Tugend machend, bestand eine der ersten Entscheidungen der Regierung Brandt in Hinblick auf das Regime Francos darin, Spanien künstlich auf der Liste der Entwicklungsländer zu halten, um es der Bundesrepublik zu ermöglichen, Staatskredite zur Verfügung zu stellen.<sup>60</sup> Damit war der Weg frei, um Spanien in den kommenden Jahren zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner der Bundesrepublik werden zu lassen, während sich die Bundesregierung als der wesentliche europäische Verbündete des franquistischen Systems zu festigen vermochte.<sup>61</sup> Kanz-

57 Bericht der deutschen Botschaft in Madrid über den Spanienbesuch Walter Scheels, 12.03.1970, PA AA, B20/1852.

58 Bericht des Auswärtigen Amts über die neue spanische Regierung, Dezember 1969, PA AA, B1/340.

59 Vgl. Bericht der deutschen Botschaft in Madrid über die spanische Innenpolitik, 12.03.1970, PA AA, B26/396.

60 Vgl. Anmerkung des Auswärtigen Amts zu den zur Verteidigung der spanischen Entwicklungshilfe an Erhard Eppler, den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gehenden Argumenten, 09.01.1970, PA AA, B26/394.

61 Bei den deutschen Investitionen stand Spanien an vierter Stelle der europäischen Länder und an siebter Stelle weltweit. Vgl. Frieder Schlupp, „Modell Deutschland and the International Division of Labour: The FRG in the World Political Economy“, in: Ekkehart Krippendorf/Volker Rittberger (Hg.), *The Foreign Policy of West Germany*, London 1980, S. 77.



ler Willy Brandt wollte die Politik guter Beziehungen zum spanischen Regime zu diesem Zeitpunkt keinesfalls als eine Stütze des diktatorischen Systems verstanden wissen, denn seiner Ansicht nach hatte die Nach-Franco-Ära bereits begonnen.<sup>62</sup>

Tatsächlich sollten die letzten Jahre der Franco-Diktatur viel weniger harmonisch ausfallen als man Anfang 1970 ahnen konnte; das galt auch in Hinblick auf die Beziehung des Landes zu Europa, wo die Feindseligkeit der Öffentlichkeit gegenüber den Autokratien im Süden des Kontinents stetig zunahm. Auf die wachsenden Aktivitäten der Opposition wusste das Regime nur mit Repression zu reagieren, was außerhalb des Landes das Echo der Konflikte im Inneren kräftig verstärkte und dabei sowohl das Image der Regierung als einer an der Öffnung interessierten Führung beschädigte als auch die Möglichkeiten einer Assoziation mit der EWG zerfließen ließ. Der *point of no return* wurde im Dezember 1970 erreicht, als ein Militärgericht sechs Mitglieder der baskischen Organisation ETA zum Tode verurteilte, die von Franco schließlich begnadigt wurden. Als Prozess von Burgos bekannt geworden, führte dies zu den ersten massiven europäischen Protesten gegen das Franco-Regime, die in Spanien mit inszenierten Demonstrationen zur Unterstützung des *Caudillo* beantwortet wurden, welche die gegen Reformen eingestellten *inmovilistas* stärkten.<sup>63</sup>

In der SPD wurde die Solidarität mit den spanischen Demokraten zum integralen Element des durch Tausende junge 68er, die sich der Partei anschlossen, wieder erblühten Linksseins. Führender Kopf der *antifranquistischen Lobby* blieb Hans Matthöfer. Zu den zahlreichen Initiativen des *Abgeordneten von Barcelona* zählte die Unterstützung der jüngsten Generation von Aktivisten des PSOE (zu denen Felipe González gehörte), die sich hartnäckig darum bemühte, die Exilanten in der Führungsriege der Partei zu ersetzen und die Organisation in Spanien zu reaktivieren, um das an die Kommunisten verlorene Terrain wieder zu erobern.<sup>64</sup> Hans Matthöfer konnte jedoch nicht auf die Unterstützung der SPD-Führung zählen, die in Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, dass sich der PSOE von der schweren Krise, in die ihn die exilierten Führer gebracht hatten, erholen würde, mehr als skeptisch war, und die Enrique Tierno Galván als aussichtsreichsten spanischen Sozialisten ansah, den sie weiter über die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte.<sup>65</sup>

62 Vgl. Anmerkung zum Treffen Willy Brandts mit dem norwegischen Premierminister Per Borten, 28.04.1970, BArch, B136/3501.

63 Vgl. Carme Molinero/Pere Ysàs, *La anatomía del franquismo. De la supervivencia a la agonía. 1945-1977*, Barcelona 2008, S. 141ff.

64 Vgl. Ortuño Anaya, *European Socialists*, S. 162-166.

65 Vgl. Muñoz Sánchez, *Von der Franco-Diktatur zur Demokratie*, S. 53f.

Angesichts der in den europäischen Ländern zunehmenden Feindseligkeit gegenüber dem Franquismus fürchteten die spanischen Autoritäten, dass ihr mit dem Präferenzabkommen vom Juli 1970 begonnener Weg in die EWG letzten Endes zu einem Kreuzweg werden könnte. In Madrid sah man bestimmte Erklärungen der europäischen Kommission und des Europaparlaments, die nach Bekanntwerden der Todesurteile für die ETA-Mitglieder abgegeben worden waren, als nichthinnehmbar an und setzte Bonn darüber in Kenntnis, dass man nicht ausschließen würde, das Präferenzabkommen aufzukündigen, wenn die Kritik an Spaniens institutioneller Ordnung durch die Organe der Gemeinschaft andauern sollte.<sup>66</sup> Obwohl sie nicht glaubte, dass die spanische Regierung bis zu diesem Schritt gehen könnte, nahm die Bundesregierung die negativen Effekte durchaus ernst, die eine Zunahme des äußeren Drucks auf die spanische Politik in jener letzten Phase der Diktatur haben konnten. Aus diesem Grund bemühte sich Bonn darum, die Folgen der antifranquistischen Aktivitäten in Europa und in der Bundesrepublik auf die bilateralen Beziehungen und auf das Verhältnis zwischen Spanien und der EWG gering zu halten. Schon während des Prozesses von Burgos konnte der Botschafter in Bonn seinem Minister voller Befriedigung berichten, dass die Sozialdemokraten und Liberalen, „trotz der Tatsache, dass sie – wie mir Hans-Jürgen Wischniewski [der Generalsekretär der SPD] gesagt hat – unter einem enormen Druck standen“ –,<sup>67</sup> im Bundestag eine Debatte und sogar jede offizielle Äußerung zur Thematik hatten verhindern können. Die Bundesregierung wirkte auch dabei mit, dass der Rat der EWG eine Petition der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments nicht akzeptierte, den Fortgang des Präferenzabkommens mit politischen Festsetzungen zu verbinden, wobei sie argumentierte, das Abkommen hätte „einen rein wirtschaftlichen Charakter“.<sup>68</sup> Schließlich wurde die *Entpolitisierung* der Beziehungen zwischen Spanien und der EWG zur ‚goldenen Regel‘ der Regierung Willy Brandts. Als der junge Aktivist Salvador Puig Antich Anfang 1974 zum Tode verurteilt wurde,<sup>69</sup> schlug die Bundesrepublik, die turnusgemäß die Präsidentschaft der EWG innehatte, vor, der Rat solle keine Begnadigung fordern und argumentierte, es läge außerhalb der Befugnisse des höchsten Entscheidungsgre-

66 Vgl. Bericht des EWG-Botschafters der BRD, Hans-Georg Sachs, über die Gespräche mit seinem Amtskollegen Alberto Ullastres an das Auswärtige Amt, 12.02.1971, PA AA, B20/1854.

67 José de Erice a López Bravo, 31.12.1970, Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores (AMAE), Madrid, Política Exterior 1970, Mappe 6.

68 Vgl. den Bericht Sachs' an das Auswärtige Amt, 15.02.1971, PA AA, B20/1854.

69 Neben Salvador Puig Antich wurde am 2. März 1974 in Spanien mit der mittelalterlichen Methode Garrote auch ein Pole namens Heinz Chez umgebracht. Jahre später kam eine Untersuchung zu dem Schluss, dass dieser in Wahrheit Georg Michael Welzel hieß, in Cottbus geboren wurde und Bürger der BRD war. Seine tragische Geschichte erzählt der Film *La muerte de nadie. El enigma Heinz Chez* (2003).

miums der Gemeinschaft, „eine Position zu den inneren Angelegenheiten anderer Länder einzunehmen.“<sup>70</sup>

Ungeachtet des kontinuierlich wachsenden Einflusses der spanischen Opposition erwog weder die Bonner Regierung noch die SPD selbst jemals die Möglichkeit, dass diese die Diktatur destabilisieren könnte, von der Möglichkeit, sie zu ersetzen, ganz zu schweigen.<sup>71</sup> Ihrer Meinung nach wäre eine Demokratie nach dem Tode Francos in Spanien nur im Zuge eines von der Regierung voll und ganz kontrollierten Prozesses möglich.<sup>72</sup> Die Bundesregierung legte dementsprechend ihre ganze Hoffnung in Prinz Juan Carlos, der während eines Besuchs in Bonn im September 1972 gegenüber Bundespräsident Gustav Heinemann und Kanzler Willy Brandt unmissverständlich seinen Willen bekundete, mit dem Tag seines Machtantritts als Staatsoberhaupt in Spanien einen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen.<sup>73</sup>

Von der Wichtigkeit überzeugt, das Terrain vorzubereiten, damit Juan Carlos seine noch unbestimmten Pläne für den Übergang zur Demokratie verwirklichen konnte, wies die deutsche Regierung seit Ende 1972 mit größerer Beharrlichkeit als bislang die Forderungen der SPD-Linken zurück, irgendeine Form des politischen Druckes auf Madrid auszuüben und rundweg mit Ablehnung auf alle Bestrebungen einer größeren Annäherung an die EWG zu reagieren. Da der vollständige Beitritt zur EWG den Hauptanreiz für die Reform des Regimes darstellte, konnten die Mitgliedsländer Spanien nicht definitiv alle Türen zuschlagen, denn damit würde es nur zu einem Erstarken der *inmovilistas* kommen. In den Worten Hans-Eberhard Dingels an den Vorsitzenden seiner Partei klingt das folgendermaßen: „Für uns sollte es darauf ankommen, ob nicht diese Form des Pragmatismus langfristig gesehen für eine demokratische Entwicklung Spaniens zukunftssträchtiger ist als ein Beharren auf der jetzigen intransigenten Position.“<sup>74</sup> Das gleiche Argument fand sich in einem Artikel im Bonner *General-Anzeiger*, der üblicherweise die Regierungmeinung wiedergab. Der Verfasser des Textes forderte, dass man den Diktaturen des südlichen Europas keine schlechtere Behandlung als den kommunistischen Diktaturen gewähren sollte und verlangte von den deutschen Politikern etwas „Fantasie“, um zu einer Form zu gelangen, die ei-

70 Note des Auswärtigen Amtes zur bevorstehenden Hinrichtung, 26.02.1974, PA AA, Zwischenarchiv 105669.

71 Vgl. „Madrid: Das große Warten auf die Zukunft“, in: Parlamentarisch-Politischer Presse-dienst, 02.04.1973.

72 Vgl. Bericht der deutschen Botschaft zur spanischen Politik im Jahr 1973, 25.01.1974, PA AA, Zwischenarchiv 101440.

73 Vgl. Bericht über den Besuch von Prinz Juan Carlos in der Bundesrepublik, 09.10.1972, PA AA, B26/454.

74 Hans-Eberhard Dingels an Willy Brandt, 10.10.1972, AdsD, Willy Brandt Archiv, A8/15.

ne politische Integration Spaniens in die EWG erlauben würde, ohne die Prinzipien des Vertrags von Rom zu verletzen.<sup>75</sup> Willy Brandt erklärte seinerseits dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg die Gründe für die Verteidigung des Madrider Strebens nach einer Aktualisierung des 1970 mit der EWG geschlossenen Präferenzabkommens folgendermaßen:

Ich sehe gewisse – sicherlich zur Zeit noch beschränkte – Möglichkeiten, in geeigneter Weise Umformungsprozesse in Spanien zu beeinflussen. Diese werden bestimmt in naher Zukunft nicht spektakulär sein, jedoch gibt es eine Reihe von Persönlichkeiten auch innerhalb der an der Macht befindlichen Gruppen, die sich darüber im Klaren sind, daß die innenpolitischen Verhältnisse in Spanien sich ändern müssen, soll es nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen, an denen auch wir kein Interesse haben. Ich würde es für falsch halten, wollte man auch speziellen *Handelsarrangements* gegenüber sich allzu kritisch verhalten, denn jede solche Öffnung *kann* die Dinge im europäischen Sinne positiv beeinflussen. Außerdem wäre es auch der Lage nicht angemessen, wenn die Gemeinschaft sich etwa Spanien gegenüber restriktiver verhalten würde als gegenüber Jugoslawien oder Rumänien.<sup>76</sup>

Die unideologische Politik der Regierung Brandt-Scheel gegenüber dem franquistischen Regime wurde von der SPD in den Foren der europäischen Linken mit Beharrlichkeit verteidigt und verursachte bei vielen Genossen Verwunderung oder sogar Empörung. Sei es in der Sozialistischen Internationale, sei es in der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, die deutschen Sozialdemokraten weigerten sich, den Bestrebungen einiger Parteien zu folgen, die sich um eine Rückkehr zu einer Politik der offenen Feindschaft gegenüber dem Franquismus bemühten. So boykottierten die deutschen Sozialdemokraten sogar einen im Zuge der Auseinandersetzungen um den Prozess von Burgos von den anderen Parteien im Konsens verfassten Text, weil man in diesem das spanische Regime explizit verurteilte.<sup>77</sup>

Was die spanischen Sozialisten angeht, so waren diese für die materielle und logistische Solidarität, die sie von Zeit zu Zeit von der SPD erhielten, dankbar, beklagten sich aber gleichzeitig stark über deren Politik gegenüber dem Regime Francos. Für die im Exil befindlichen Führer des PSOE hatten die deutschen Genossen mit Willy Brandt an der Spitze seit langem ihren sozialistischen Idealen abgeschworen und sich damit einverstanden erklärt,

75 Vgl. „Spaniens Weg nach Brüssel“, in: General Anzeiger, o.J. [Oktober 1972].

76 Willy Brandt an Ludwig Rosenberg, 09.11.1972, AdsD, Willy Brandt Archiv, A5/15 (Hervorhebungen im Original).

77 Vgl. Veronika Isenberg (Internationale Abteilung im SPD Parteivorstand) an Hans-Eberhard Dingels, 21.12.1970, AdsD, SPD Parteivorstand 2811.



„zuverlässige Agenten der kapitalistischen Gesellschaft“<sup>78</sup> zu sein. Der PSOE nahm sich sehr davor in Acht, die abgrundtiefen Differenzen zwischen sich und der SPD ans Tageslicht zu bringen, brach jedoch im Frühjahr 1970 ausnahmsweise sein Schweigen, als Walter Scheel beschloss, während seines Besuchs in Madrid mit Enrique Tierno Galván zusammenzutreffen, um auf diese Weise die in der Bundesrepublik an seine Reise aufgekommene Kritik wettzumachen, auf der der Minister die Gewährung eines Kredits von 200 Millionen DM an die spanische Regierung in die endgültige Form bringen wollte. Unter den Augen der europäischen und spanischen Öffentlichkeit in einer so spektakulären Art und Weise den sozialistischen Hauptwidersacher zu fördern, stellte für den PSOE einen nichthinnehmbaren und unsolidarischen Akt der SPD dar. Als Antwort veröffentlichte die Partei in den folgenden Tagen in ihrer Zeitung *Le Socialiste* eine regelrechte Denunziation der Brandt'schen Politik des *Wandels durch Annäherung* gegenüber dem Spanien Francos:

[Die SPD denkt, dass] allein eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten zu einer Liberalisierung der kommunistischen Diktatur Walter Ulbrichts führen könne. Aber während diese Analyse für Ostdeutschland zutreffend sein könnte, auf Spanien angewendet ist sie falsch, das zeigt die Erfahrung von mehr als dreißig Jahren franquistische Diktatur. Die nordamerikanische Militär- und Finanzhilfe [...] hat unser Land nicht ‚demokratisiert‘, sondern, ganz im Gegenteil, sie hat die korrupte Diktatur gestärkt, genauso wie die europäischen Investitionen in Spanien die Lage des spanischen Arbeiters nicht verbessert haben [...]. Die Kompromisse werden zur Mitschuld an der Unterdrückung des spanischen Volkes [...]. Wir fordern weder von der Bundesrepublik noch von unseren sozialdemokratischen Genossen einen aktiveren Beitrag zur Unterstützung unseres Kampfes. Aber wir klagen [diejenigen ihrer Aktivitäten] an, die – wie die Kredite und Finanzhilfen, welche die Bundesregierung den Oligarchen Spaniens gewährt – so schädlich für den Kampf des spanischen Volkes für seine grundlegenden Freiheiten sind.<sup>79</sup>

Die *antifranquistische Lobby* der SPD vermochte es ihrerseits nicht, dem in Hinblick auf Spanien Möglichkeiten eröffnenden Streben ihrer Führung Einhalt zu gebieten und musste sich mit kleinen und matten Siegen begnügen. Als Carlos Pardo, der Mitkämpfer von Hans Matthöfer und Max Diamant in der IG Metall, im Frühjahr 1971 auf dem Madrider Flughafen festgenommen und unter dem Vorwurf, in einer deutschen Zeitschrift für spanische Emigranten den Staatschef Franco beleidigt zu haben, der Justiz überstellt wurde,

78 Rodolfo Llopis an Rolf Reventlow, 27.03.1968, Archivo de la Fundación Pablo Iglesias, Alcalá de Henares, PSOE, AE-595-9.

79 „Adelante con los faroles“, in: *Le Socialiste*, 14.05.1970.

empfohlen das Kanzleramt und das Auswärtige Amt Willy Brandt, auf die Forderung nach seiner Freilassung zu verzichten.<sup>80</sup> Hans Matthöfer rebellierte jedoch, mobilisierte die öffentliche Meinung der bundesrepublikanischen Linken und nach einer harten Diskussion mit der Führung seiner Partei und besonders mit Egon Bahr erreichte er es, dass man akzeptierte, Spanien mit der Aufkündigung des Einwanderungsabkommens zu drohen, sollte Carlos Pardo nicht unverzüglich freigelassen werden.<sup>81</sup> Kaum hatte Madrid die Nachricht vernommen, dass ein solcher Vorschlag in den Bundestag gebracht würde, ließ man Pardo frei. Die Konflikte zwischen der SPD-Führung und Matthöfer, der das Argument, politischer Druck auf Madrid könnte die millionenschweren Projekte der deutschen Industrie in Spanien, wie beispielsweise die Einführung des Farbfernsehsystems PAL von Siemens, gefährden, als einer linken Regierung unwürdig zurückwies, sollten hier aber nicht aufhören. So gelang es Matthöfer auch nicht, die Führung seiner Partei davon zu überzeugen, mehr Aufmerksamkeit für die jungen Sozialisten an den Tag zu legen, die in Spanien mit den Exilanten um die Kontrolle des PSOE kämpften. Für die Gruppe um Felipe González waren die SPD-Oberen in jenen frühen 1970er Jahren „Genossen mit einem nüchternen und gütigen Blick, die dich anhören, ohne dir zuzuhören und für die Spanien und der spanische Sozialismus im Speziellen nicht existieren.“<sup>82</sup>

Als sich die Ära Brandt im Frühjahr 1974 ihrem unerwarteten Ende näherte, zog die sozial-liberale Koalition ein im Großen und Ganzen positives Fazit ihrer Spanienpolitik. Im Gegensatz zum portugiesischem Regime, das die zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Bundesrepublik und zu anderen europäischen Demokratien genutzt hatte, um sich zu stabilisieren und um *manu militari* seine kolonialen Fantasien in Afrika aufrechtzuerhalten,<sup>83</sup> schien der Franquismus sich langsam aber unbeirrbar auf dem Wege seiner eigenen Auflösung in einer freiwilligen Annäherung an Europa zu befinden. Obwohl die 1969 angekündigten politischen Reformen nicht umgesetzt wurden, war Spanien mit Abstand die liberalste Diktatur im Süden Europas und die öffentliche Debatte über den Weg zu einer *Demokratie nach spanischer Art* war omnipräsent im Lande. Die führenden Persönlichkeiten des franquistischen Regimes waren ganz sicher keine Demokraten,

80 Vgl. Egon Bahr an Hans Matthöfer, 04.06.1971, AdsD, SPD Bundestagsfraktion, 6. Wahlperiode 211.

81 Vgl. Hans Matthöfer an Egon Bahr, 07.06.1971, AdsD, SPD Bundestagsfraktion, 6. Wahlperiode 211.

82 Tina Díaz, Ehefrau Enrique Múgicas, eines der Führer der Gruppe Erneuerer des PSOE in Spanien, an Hans Matthöfer, 23.02.1973, AdsD, Nachlass Hans Matthöfer 0258.

83 Vgl. Antonio Muñoz Sánchez, „La socialdemocracia alemana y el Estado Novo (1961-1974)“, in: *Portuguese Studies Review* 13 (2005), S. 477-503.

aber sie waren sich voll und ganz bewusst, dass nach Franco die Legitimität des Systems und der Monarchie unverzüglich zunichte wäre, wenn man in Spanien kein parlamentarisches System einführt. Dies war die unerlässliche Bedingung, damit das Wirklichkeit werden konnte, was inzwischen zum klaren Ziel der ganzen Nation geworden war: die volle Integration in die EWG. Die Demokratie zu bringen, ohne das Regime zu zerstören, genau das war die gigantische und anscheinend unmögliche Herausforderung, der sich die im Januar 1974 gebildete Regierung von Carlos Arias stellte. Trotz der Tatsache, dass der neue Regierungschef ein waschechter Franquist und blinder Bewunderer des *Caudillo* war, präsentierte Arias sich mit einem überraschend liberalen Programm, das dem Land einige so genannte *asociaciones políticas* bringen würde – die ursprüngliche spanische Version der politischen Parteien. Die Bonner Regierung und die Führung der SPD begrüßten Carlos Arias und befanden, dass in Spanien die Möglichkeiten für eine „wahre Liberalisierung“,<sup>84</sup> die natürlich nur langsam wirksam werden wird, nun so real wie nie zuvor seien.

### Die Angst vor der Ansteckung durch Portugal: Die Bundesrepublik und die Agonie des Franco-Regimes

Der Sturz Willy Brandts als Kanzler fiel zeitlich mit dem Aufkommen einer unerwarteten politischen Krise in Südeuropa zusammen. Ein zentrales Ereignis dieser Krise war der Kollaps der portugiesischen Diktatur, der sich am 25. April 1974 ereignete, und auf den ein sehr ungewisser Übergangsprozess folgte, in dem die Kommunistische Partei von Alvaro Cunhal stetig mehr Einfluss gewann. Die Radikalisierung der *Nelkenrevolution* führte in der Bundesrepublik zu enormer Besorgnis. Für die neue Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt hätte die mögliche Installation eines dem Kommunismus zugeneigten Systems in Portugal tiefgreifende Auswirkungen, indem sie den Entspannungsprozess, für den sich die Bundesrepublik mit aller Energie seit 1969 eingesetzt hatte, blockieren würde. Angesichts einer zaghaften US-Regierung, die sich damit abgefunden zu haben schien, dass das iberische Land dem Kommunismus in die Hände fiel und die sich mit dem Immunisierungseffekt tröstete, den ein ärmliches, ‚Sowjet-Portugal‘ in Westeuropa für den Prestigeverlust des *Eurokommunismus* haben würde,<sup>85</sup> beschloss die

84 „Madrid: Wieder einmal ‚Apertura‘-Hoffnungen“, in: Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 18.03.1974.

85 Vgl. Mario del Pero, „I limiti della distensione. Gli Stati Uniti e l’implosione del regime portoghese“, in: *Contemporanea* 8 (2005), S. 621-650.

Bundesregierung ab Herbst 1974, sich intensiv für die Unterstützung der portugiesischen Wirtschaft und der nicht-kommunistischen Kräfte zu engagieren.<sup>86</sup> Das politische Erdbeben von Lissabon veränderte die optimistische Wahrnehmung, die die Bundesrepublik bis dahin von der politischen Entwicklung Spaniens hatte. Angesichts der Tatsache, dass sich in Portugal mit dem Zusammenbruch einer für stabil gehaltenen Diktatur und dem Ausbruch einer linksgerichteten Revolution etwas vollkommen Unvorhergesehenes ereignet hatte, garantierte nichts, dass die Entwicklung in Richtung Demokratie nach dem Tode Francos so friedlich und ruhig ablaufen würde, wie Bonn sich das seit Jahren vorstellte. Die tief sitzenden Vorurteile über das aufbrausende spanische Wesen, die Erinnerung an den Bürgerkrieg und die Furcht vor einer mächtigen Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) unter der Leitung von Santiago Carrillo taten ihr Übriges. Jene Angst vor einer *Portugalisierung* Spaniens wird deshalb im letzten Jahr der Franco-Diktatur in der Spanienpolitik der Bundesrepublik sehr präsent gewesen sein.

Der unblutige Zusammenbruch der Diktatur in Portugal hatte eine enorme Wirkung auf Spanien.<sup>87</sup> Innerhalb des Regimes kam es zu einer Belebung der *inmovilistas*, die eine aggressive Kampagne gegen die Reformen von Carlos Arias starteten. Die Opposition wiederum, durchlebte einen Moment der Euphorie und im Sommer 1974 bildeten verschiedene Parteien und Gruppierungen, die von der Kommunistischen Partei Santiago Carrillos angeführt wurden, eine *Junta Democrática*, deren Programm schlicht darin bestand, mit dem Regime durch den Druck der Massen Schluss zu machen. Angesichts ihrer immer kleiner werdenden Spielräume, schickte die Regierung eindringliche Botschaften an die deutsche Führung, „die die einzige ist, die die Bemühungen Spaniens um Annäherung an Europa wirklich unterstützt“, um die Beibehaltung der Unterstützung des Projekts von Carlos Arias zu sichern. Die Regierung unter Helmut Schmidt reagierte positiv auf diesen Appell und ignorierte die oppositionellen Gruppen, unter denen sich auch der PSOE befand, völlig, die unter anderem forderten, von Seiten der EWG keine Verhandlungen für ein neues Handelsabkommen mit einer Regierung zu beginnen, die versuchen würde, eine Parodie der Demokratisierung zu verkaufen.<sup>89</sup>

86 Vgl. Antonio Muñoz Sánchez, „Bonn et la réponse européenne à la révolution portugaise“, in: Antonio Varsori/Guia Migani (Hg.), *Europe in the international arena during the 1970. Entering a different world*, Brüssel 2011, S. 339-353.

87 Vgl. Josep Sánchez Cervelló, *La revolución portuguesa y su influencia en la transición española (1961-1976)*, Madrid 1995, S. 257ff.

88 Georg von Lilienfeld, Botschafter der BRD in Madrid, über sein Treffen mit Außenminister Pedro Cortina, 31.08.1974, PA AA, Zwischenarchiv 101441. Das Zitat gibt den Minister wortwörtlich wieder.

89 Vgl. von Felipe González unterzeichnetes und vom IBFG-Generalsekretär an den Ministerpräsident der EWG gerichtetes Manifest, 22.11.1974, PA AA, Zwischenarchiv 105669.

Die Verhandlungen begannen im November 1974 und nur der zu Beginn in Hinblick auf die Zugeständnisse in Zollfragen herrschende Abstand zwischen beiden Parteien verhinderte ihren schnellen Abschluss.<sup>90</sup> In den folgenden Monaten ging es der Bundesregierung darum, dass Brüssel den Vorschlag Madrids akzeptierte und so schnell wie möglich ein Handelsabkommen schloss, das in einem für das Land besonders schwierigen Moment Stabilität in die Beziehungen zwischen der EWG und Spanien bringen würde.<sup>91</sup>

Das Vertrauen, das die Bundesregierung in Carlos Arias' Vermögen, die Grundlage für eine Demokratie in Spanien zu schaffen, gesetzt hatte, wurde jedoch in den ersten Monaten des Jahres 1975 schwer erschüttert. Im Februar erlitt sein Reformprojekt einen herben Rückschlag als der Präsident sich dem Veto des *Caudillo* beugte, das dieser gegen die von Manuel Fraga, der treibenden Kraft der Reformer, entworfene *asociación política* eingelegt hatte.<sup>92</sup> Angesichts der zunehmenden öffentlichen Proteste und Arbeitskämpfe, hinter denen fast immer der PCE stand, wies der neue Botschafter der Bundesrepublik in Madrid Georg von Lilienfeld in den darauf folgenden Wochen seine Regierung darauf hin, dass Spanien sich ernsthaften Spannungen gegenüber sähe, falls Arias nicht in der Lage wäre, mit dem bereits erkrankten Franco zu brechen, um die politischen Reformen wiederzubeleben.<sup>93</sup> Diese Sorge verstärkte sich Mitte März noch einmal deutlich, als sich Portugal nach einem Putschversuch rechter Militärs *de facto* in „eine linke Militärdiktatur“<sup>94</sup> verwandelte.

Die auf den Abgrund gerichtete Entwicklung der *Nelkenrevolution* vergrößerte die Verzerrungen jener *portugiesischen Brille*, durch die die Bundesrepublik die spanische Politik verfolgte, enorm. Just in jenen Tagen im März, während der die Kommunisten in Portugal einen riesen Schritt vorankamen, wurde eine große Gruppe der spanischen *Junta Democrática* in Straßburg von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission empfangen. Madrid reagierte mit zornigem Protest an die Adresse der EWG-Regierungen, die der antifranquistischen Opposition eine

90 Vgl. Matthieu Trouvé, *L'Espagne et l'Europe. De la dictature de Franco à l'Union européenne*, Brüssel 2008, S. 154-157.

91 Vgl. Bericht des Auswärtigen Amtes zu den Beziehungen EWG-Spanien, 31.01.1975, PA AA, Zwischenarchiv 105669.

92 Vgl. Javier Tusell/Genoveva G. Queipo de Llano, *Tiempo de incertidumbre. Carlos Arias Navarro entre el franquismo y la Transición* (1973-1976), Barcelona 2003, S. 153ff.

93 Vgl. Georg von Lilienfeld an das Auswärtige Amt, 06.03.1975, PA AA, Zwischenarchiv 110257.

94 Der Botschafter der BRD in Lissabon, Fritz Caspari, an das Auswärtige Amt, 14.03.1975, PA AA, Zwischenarchiv 113503.

Inszenierung vor den Organen der Gemeinschaft gestattet habe.<sup>95</sup> Auf diese Weise stellte die spanische Regierung klar, dass sie keinerlei äußere Einmischung in ihre politische Entwicklung dulden werde. Der Botschafter der Bundesrepublik in Madrid wiederum, interpretierte die oppositionelle Machtdemonstration in Straßburg als eine Intensivierung der PCE-Bemühungen um einen *demokratischen Bruch*. Laut von Lilienfeld würde die mächtige kommunistische Organisation Carrillos im nicht unwahrscheinlichen Fall, dass die Reformanhänger im Regime nicht fähig sein sollten, den Übergang zur Demokratie voranzutreiben, und falls die Opposition dann schlussendlich die politische Situation beherrschen sollte, nicht zögern, „wie jetzt [die kommunistische Partei Cuhals] in Portugal“<sup>96</sup>, die ganze Macht an sich zu reißen. Von da aus bräuchte es nur einen Schritt zu einem neuen Bürgerkrieg in Spanien.

Unter dem Eindruck all dieser Geschehnisse folgerte die Bundesregierung zu Beginn des Frühjahrs 1975, dass der Übergang zur Demokratie in Spanien insbesondere aufgrund der Stärke des PCE ernsthaft Gefahr lief zu scheitern. Angesichts dieser Aussichten sah die SPD, dass sie in Spanien, genauso wie in Portugal, eine sozialistische Partei massiv unterstützen musste, die als Gegengewicht zu den Kommunisten wirken könnte.<sup>97</sup> Monate zuvor hatte die SPD die Partei Enrique Tierno aufgrund ihrer Entscheidung, Mitglied der *Junta Democrática* zu werden, als Partner ausgeschaltet. Inzwischen hatte der PSOE eine tiefgreifende Erneuerung durchgemacht und endgültig die Exilanten in der Führung durch die Aktivisten, die im Land wirkten, ersetzt. Im April zu einem Besuch in Bonn eingeladen, stellte der neue Führer des PSOE, Felipe González, Willy Brandt und der Führung der SPD eine ebenso optimistische wie ausgewogene Sicht der spanischen Situation und der Rolle, die seiner Partei beim Aufbau der Demokratie zukommen könnte, vor. Das Reformprojekt Carlos Arias', so Felipe González, sei endgültig zum Stillstand gekommen. Aber die Krise der Regierung wäre eben nicht mit der Krise des Staates gleichzusetzen, wie es die Kommunisten täten. Das Regime zeige sich so stabil wie immer und würde es auch nach dem Tod Francos sein. Die Demokratie hätte dementsprechend nur dann eine Chance, wenn das Projekt von Juan Carlos erfolgreich verlief, über das die Oppositionsparteien durch Vertraute des Prinzen im Bilde seien. Die hauptsächlichen Ziele des PSOE für den Übergang zur Demokratie bestünden demnach darin, die Re-

95 Vgl. Telegramm des Außenministers Pedro Cortina an die Botschafter in den Hauptstädten der Neun, 22.03.1975, AMAE, 60/08-13 (E).

96 Georg von Lilienfeld an das Auswärtige Amt, 18.03.1975, PA AA, Zwischenarchiv 110257.

97 Vgl. Protokoll der Zusammenkunft des Komitees für internationale Beziehungen des SPD-Vorstands, 21.03.1975, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 100352.

gierung zu einer Erhöhung des Tempos und der Reichweite der Reformen zu zwingen und dafür zu arbeiten, als Partei die zentrale Position innerhalb der spanischen Linken zurückzugewinnen, die sie wegen der eigenen Passivität in der Diktatur an den PCE verloren hatte. Nicht Juan Carlos, sondern Santiago Carrillo sei also der Hauptkonkurrent des PSOE. In den Worten Felipe González: „[D]er entscheidende politische Kampf nach dem Tod Francos wird zwischen Sozialisten und Kommunisten stattfinden.“ Um seine Ziele zu erreichen, benötige der PSOE wirtschaftlichen, logistischen und politischen Beistand. Die Partei hätte kaum 1.500 Mitglieder und keinerlei Ressourcen, während der PCE über zehntausende Aktivisten verfüge, Dank der Spenden aus den osteuropäischen Ländern im Geld schwimmen würde und mit Hundert Funktionären rechne. Um gegenüber der Regierung an öffentlichem Ansehen und an Profil zu gewinnen, bat González die SPD außerdem darum, seine Bemühungen zu unterstützen, weitere Führer der europäischen Sozialisten dazu zu bringen, ihn offiziell zu empfangen, zudem sollte sie ihm helfen, Delegationen dieser Parteien zu Besuchen in Spanien zu bewegen. Diese Besuche würden großes Echo in der spanischen Presse finden und wären eine unbezahlbare Propaganda für den PSOE.<sup>98</sup>

Felipe González machte auf die sozialdemokratische Führung einen exzellenten Eindruck. Der junge aber reife Führer des PSOE erschien ihnen in erster Linie als ein Nationalist und als ein Demokrat frei von jedem Dogmatismus (und natürlich kein Marxist), der sich der historischen Verantwortung sehr bewusst war, die den Kräften der Opposition im bevorstehenden, schwierigen politischen Übergangsprozess zukam, in dem es für die Spanier um ihre Zukunft ging. González ließ eine enorme Besorgnis erkennen, denn in seinem Land könnte es zu einem neuen Bürgerkrieg kommen, und das war der Hauptgrund, weswegen er eine linke Einheitsfront fürchtete, die Spanien wie im Jahr 1936 polarisieren würde. Dem PSOE ging es nicht darum, die sozioökonomischen Strukturen Spaniens zu verändern, sondern darum, Schluss mit einem politischen Überbau zu machen, der eine Last für die Entwicklung der Nation darstellte. Die Sozialisten waren nicht daran interessiert, das Regime mittels des Drucks der Massen zu stürzen, auf die sie im Gegensatz zu den Kommunisten sowieso wenig Einfluss hatten. Ihr Ziel war es vielmehr, innerhalb der Opposition eine herausgehobene Position einzunehmen, um an einem politischen Aushandlungsprozess mit der Regierung teilzunehmen, in Zuge dessen man *von oben* und schrittweise ein System von Grundfreiheiten einführen würde. Der PSOE wollte die ganze demokratische

98 Berichte von Elke Esters (Internationale Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung) und Hans-Eberhard Dingels über den Besuch von Felipe González in Bonn, 22./23.03.1975, AdsD, SPD Parteivorstand 11843/11491.

Linke bündeln und so Empfänger der enormen sozialen Unterstützung sein, die diese politische Strömung laut Umfragen bei freien Wahlen zu erwarten hatte. Die Hilfe von außen, und hier insbesondere die von Seiten der Bundesrepublik, war für den PSOE absolut entscheidend, und dies nicht nur weil die SPD über größere Ressourcen als andere europäische Parteien verfügte, sondern vor allem, weil sie in der Lage war, Einfluss auf die spanische Regierung auszuüben, die den Übergangsprozess letzten Endes kontrollieren würde. Während sich einige Vertreter der SPD-Führung wie beispielsweise Bruno Friedrich aufgrund des geringen Alters und der politischen Unerfahrenheit etwas skeptisch gegenüber Felipe González zeigten, hatte Willy Brandt nicht den geringsten Zweifel, dass es sich bei dem Führer des PSOE um einen ungeschliffenen Diamanten handle, der die uneingeschränkte Unterstützung von Seiten der SPD verdiente. Der junge Mann aus Andalusien besaß Anziehungskraft, dialektische Fähigkeiten und strahlte Aufrichtigkeit und Optimismus aus. Im privaten sollte Brandt 1975 über ihn sagen: „Endlich einmal ein spanischer Politiker, der nicht ständig konspiriert und einen vor allen anderen außer vor sich selbst warnt. [...] So einen Spanier hätte [ich] mir in den 30er Jahren als Partner gewünscht. Felipe González ist absolut konstruktiv, ohne Ressentiments und zukunftsorientiert.“<sup>99</sup>

Die absolute Übereinstimmung zwischen der Strategie des PSOE und dem Wunsch der SPD, einen Beitrag zu einem konfliktfreien Übergang zur Demokratie nach dem Tod Francos zu leisten, führte dazu, dass die Unterstützung des Sozialisten in Folge des Besuchs Felipe González' zu einem zentralen Element der Spanienpolitik der Bundesregierung wurde. Als Antwort auf die beharrlichen Appelle der Madrider Regierung, den Übergangsprozess „in freundschaftlicher Form zu begleiten“<sup>100</sup>, wies die deutsche Regierung ab Mitte des Jahres 1975 darauf hin, dass der Reformprozess auf Grundlage der *asociaciones políticas* bereits von den Ereignissen eingeholt worden sei, weshalb man es als notwendig erachte, einen Dialog mit der nicht-kommunistischen Opposition und hier insbesondere mit dem PSOE aufzunehmen. Diese Botschaft wurde Carlos Arias durch Helmut Schmidt im Zuge eines Treffens der beiden während des Gipfels von Helsinki Ende Juli in diplomatischer Form übermittelt.<sup>101</sup> Das Gleiche tat der Botschafter Georg von Lilienfeld bei Prinz Juan Carlos. Während sich der Regierungschef sehr zurückhaltend zeigte und sich sogar einer persönlichen Bitte Willy Brandts

99 Bernd Rother, „Willy Brandt und die Demokratie in Europa. Das Beispiel Spaniens“, in: Andreas Wilkens (Hg.), *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung*, Bonn 2010, S. 401–412, hier S. 404.

100 Notiz zum Treffen des Kanzleramtschefs Dietrich Spangenberg mit dem spanischen Minister Antonio Carro in Bonn, 24.06.1975, AdsD, Helmut Schmidt Archiv 7077.

101 Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1975, Dok. 242.

verweigerte, Felipe González den Ausweis zurückzugeben, damit dieser eine von der SPD organisierte Promotionsreise durch Europa machen konnte, um Unterstützer zu finden, zeigte sich dagegen Prinz Juan Carlos sehr empfänglich.<sup>102</sup>

Ende September 1975 verurteilte die spanische Militärgerichtsbarkeit drei Mitglieder einer Organisation der extremen Linken und zwei baskische Separatisten zum Tode. Dieses Mal gewährte Franco keine Begnadigung und die fünf Gefangenen wurden in verschiedenen Orten zum gleichen Zeitpunkt erschossen. Die Hinrichtungen riefen eine Welle der Empörung in der ganzen Welt hervor. In Lissabon kam es zur Plünderung der spanischen Botschaft. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung zogen die Staaten der EWG mit Ausnahme Irlands ihre Botschafter aus Madrid ab. Die europäischen Gewerkschaften forderten einen Wirtschaftsboykott. In Sorge, dass die öffentliche Meinung die europäischen Regierungen dazu hinreißen könnte, Spanien zu isolieren – eine Situation, die laut des PSOE die Reformer um den Prinzen und die nicht-kommunistische Opposition schwächen würde – entschloss sich Bonn, die Gemüter in der EWG zu beruhigen.<sup>103</sup> Zwei Tage vor den Hinrichtungen hatte das Europäische Parlament eine harte Resolution verabschiedet, in welcher der Rat dringend aufgefordert wurde, die Beziehungen zu Spanien einzufrieren, bis im Lande die Grundfreiheiten wiederhergestellt seien. Während der Ratssitzung vom 6. Oktober gelang es dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, seine niederländischen und dänischen Amtskollegen davon zu überzeugen, dass der äußere Druck kontraproduktiv wäre, erst danach wurde es möglich, die folgende nebulöse Resolution zu verabschieden: „im gegenwärtigen Augenblick können die Verhandlungen zwischen der EWG und Spanien nicht wieder aufgenommen werden.“<sup>104</sup> Am Tag darauf kehrte der deutsche Botschafter nach Madrid zurück.

Inmitten einer von Hofintrigen und der totalen Ungewissheit in Hinblick auf die unmittelbare Zukunft bestimmten Situation wurde Ende Oktober ein schwerkranker Franco in eine Klinik verlegt und Juan Carlos übernahm in der Zwischenzeit die Funktion des Staatsoberhauptes. In den folgenden Tagen forderte der Botschafter der Bundesrepublik den Prinzen nachdrücklich auf, Felipe González den Pass zurückzugeben, damit dieser am Parteitag der SPD in Mannheim teilnehmen könne. Die SPD hatte den Kongress als Bühne konzipiert, um sich als Führerin eines erneuerten europäischen Sozialismus zu

102 Vgl. Georg von Lilienfeld an das Auswärtige Amt, 06.08.1975, PA AA, Zwischenarchiv 110257.

103 Vgl. Notiz des Auswärtigen Amtes zu den Hinrichtungen, 30.09.1975, PA AA, Zwischenarchiv 110258.

104 Bericht des Auswärtigen Amtes zu den Beziehungen zwischen Spanien und der EWG, 10.10.1975, PA AA, Zwischenarchiv 105669.

präsentieren, der in der Lage sei, eine fortschrittliche Antwort auf die Krise des Kontinentes zu geben.<sup>105</sup> Auf Einladung Willy Brandts war das *Who is Who* der demokratischen Linken zusammengekommen, und der Führer des PSOE konnte nicht fehlen, um sich vorzustellen.<sup>106</sup> Indem er González erlauben würde, am Kongress teilzunehmen – so Botschafter von Lilienfeld zu Juan Carlos –, würde er als zukünftiger König dem skeptischen Europa ein klares Signal seines Willens und seiner Fähigkeit geben, mit der franquistischen Vergangenheit zu brechen und eine neue Zeit der Demokratisierung und nationalen Versöhnung zu beginnen.<sup>107</sup> Schlussendlich gelang es dem Prinzen, diese Entscheidung beim Regierungschef Carlos Arias durchzusetzen, und Felipe González flog nach Deutschland, um am letzten Tag des SPD-Kongresses anwesend zu sein.

Wie bereits zu Beginn des vorliegenden Aufsatzes gesagt, appellierte Felipe González von der Tribüne des Mannheimer SPD-Parteitages an das Gewissen der europäischen Führer, nicht ein weiteres Mal den Fehler zu begehen, den spanischen Demokraten den Rücken zuzuwenden. Ganz sicher zogen die in Mannheim anwesenden alten Führungsfiguren der deutschen Sozialdemokratie ein positiveres Fazit ihrer auf die Europäisierung der Franco-Diktatur ausgerichteten Strategie – die Bewertung bleibt jedoch der Geschichte überlassen. Als Politiker hatten sie nach vorn zu schauen und für die Unterstützung des PSOE, der Partei, die auf unvorhersehbare Weise zum zentralen Element der offiziellen Spanienpolitik der Bundesrepublik geworden war, ihr Möglichstes zu tun. Die Mitte der 1970er Jahre herrschende tiefe Krise der Mittelmeerländer hatte es möglich gemacht, dass für die SPD der Traum jeder linken Partei Wirklichkeit wurde: die vollständige Übereinstimmung von durch die nationalen Interessen bestimmte *Realpolitik* und *internationaler Solidarität*. Die solidarische Unterstützung des PSOE durch die SPD sollte sich in den darauf folgenden Jahren als so stark und ertragreich erweisen, dass es kaum logisch erschien, dass eine solche Freundschaft über keine tief reichenden Wurzeln verfügte. Aus diesem Grund schuf man ein idealisiertes Bild der gemeinsamen Vergangenheit, in dem für die indifferente Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Franquismus kein Platz war, wäh-

105 Bis dahin hatte die SPD kein Interesse gezeigt, ihre Europa-Politik mit anderen sozialistischen Parteien zu koordinieren: Claudia Hiepel, „Europa gehört keiner Partei“. Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas“, in: Jürgen Mittag (Hg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteikooperation in Europa, Essen 2006, S. 271-288.

106 Vgl. „Die Linke auf Tauchstation“, in: Die Zeit, 14.11.1975.

107 Vgl. Georg von Lilienfeld an das Auswärtige Amt über sein Gespräch mit Prinz Juan Carlos, 10.11.1975, PA AA, Zwischenarchiv 110257.

rend sich stets Raum für die Darstellung der unablässigen Unterstützung der spanischen Demokraten und die Nähe zu ihnen fand.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Erik Hirsch)

## Archive

*Archiv der sozialen Demokratie*, Bonn.  
*Archivo de la Fundación Largo Caballero*, Alcalá de Henares.  
*Archivo de la Fundación Pablo Iglesias*, Alcalá de Henares.  
*Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores*, Madrid.  
*Bayerischer Rundfunk Archiv*, München.  
*Bundesarchiv*, Koblenz.  
*Historical Archives of the European Union*, Florenz.  
*Politisches Archiv des Auswärtigen Amts*, Berlin.

## Quellen und Literatur

Abelshauser, Werner, *Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer*, Bonn 2009.  
*Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (1970 und 1975)*, München 2001 und 2006.  
 Aschmann, Birgit, „Partner in der Protektion. Die deutsch-französische Kooperation zugunsten einer EWG-Integration Spaniens“, in: *Historische Mitteilungen* 12 (1999), S. 262-274.  
 Aschmann, Birgit, „The Reliable Ally. Germany Supports Spain's European Integration Efforts, 1957-67“, in: *Journal of European Integration History* 7 (2001), S. 37-51.  
 Baade, Fritz, „...denn sie sollen satt werden.“ *Strategie des Weltkampfes gegen den Hunger*, Hamburg 1964.  
 Bondy, François, „Umgang mit Diktaturen. Griechenland, Spanien, Portugal“, o.A. [Mai 1968].  
 Cavallaro, Maria Elena, *Los orígenes de la integración de España en Europa. Desde el franquismo a los años de la transición*, Madrid 2009.  
*Geschäftsbericht der IG Metall 1965-1967*, Frankfurt a.M. 1968.  
 Guirao, Fernando, „The Spanish Socialist Party“, in: Richard T. Griffiths (Hg.), *Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's*, Leiden u.a. 1993, S. 251-272.  
 Guirao, Fernando, „The European Community's role in promoting democracy in Franco's Spain. 1970-1975“, in: Jan van der Harst (Hg.), *Beyond the Customs Union. The European Community's Quest for Deepening, Widening and Completion, 1969-1975*, Baden-Baden u.a. 2007, S. 163-193.  
 Hadzic, Senat/Muñoz Sánchez, Antonio, „Kalter Krieg und Migration“, in: Kölnischer Kunstverein, Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt a. M., *Projekt Migration*, Köln 2005, S. 35-42.  
 Haftendorn, Helga, „Transformation und Stabilität – Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik“, in: Horst Möller und Maurice Vaisse (Hg.), *Willy Brandt und Frankreich*, München 2005, S. 1-22.

Haubrich, Walter, *Spaniens schwieriger Weg in die Freiheit. Von der Diktatur zur Demokratie*, 5 Bde., Berlin 1995-2006.  
 Hiepel, Claudia, „Europa gehört keiner Partei“. Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas“, in: Jürgen Mittag (Hg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteikooperation in Europa*, Essen 2006, S. 271-288.  
 Martín García, Óscar José/Ortiz Heras, Manuel (Hg.), *Claves internacionales en la transición española*, Madrid 2010.  
 Molinero, Carme/Ysàs, Pere, *La anatomía del franquismo. De la supervivencia a la agonía. 1945-1977*, Barcelona 2008.  
 Mühlen, Patrik von zur/Muñoz Sánchez, Antonio/Platz, Johannes (Hg.), *Max Diamant – Widerstand, Exil und gewerkschaftliche Aufbauarbeit*, Bonn 2014.  
 Muñoz Sánchez, Antonio, „La socialdemocracia alemana y el Estado Novo (1961-1974)“, in: *Portuguese Studies Review* 13 (2005), S. 477-503.  
 Muñoz Sánchez, Antonio, „La Unión General de Trabajadores y los sindicatos alemanes frente a la emigración española en la República Federal de Alemania“, in: Ana Fernández Asperilla (Hg.), *Gente que se mueve. Cultura política, acción colectiva y emigración española*, Madrid 2011, S. 231-316.  
 Muñoz Sánchez, Antonio, „Bonn et la réponse européenne à la révolution portugaise“, in: Antonio Varsori/Guia Migani (Hg.), *Europe in the international arena during the 1970. Entering a different world*, Brüssel 2011, S. 339-353.  
 Muñoz Sánchez, Antonio, *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia*, Barcelona 2012.  
 Muñoz Sánchez, Antonio, *Von der Franco-Diktatur zur Demokratie. Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien*, Bonn 2013.  
 Ortuño Anaya, Pilar, *European Socialists and Spain. The Transition to Democracy 1959-1977*, New York 2002.  
 Pereira Castañares, Juan Carlos/Moreno Juste, Antonio, „Spain: in the center or on the periphery of Europe?“, in: António Costa Pinto/Nuno Severiano Teixeira (Hg.), *Southern Europe and the Making of the European Union, 1945-1980s*, Boulder 2002, S. 41-80.  
 Pero, Mario del, „I limiti della distensione. Gli Stati Uniti e l'implosione del regime portoghese“, in: *Contemporanea* 8 (2005), S. 621-650.  
 Powell, Charles, *El amigo americano. España y Estados Unidos. De la dictadura a la democracia*, Madrid 2011.  
*Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15.11. 1975 in Mannheim*, Bonn o.J.  
 Rother, Bernd, „Willy Brandt und die Demokratie in Europa. Das Beispiel Spaniens“, in: Andreas Wilkens (Hg.), *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung*, Bonn 2010, S. 401-412.  
 Sala, Roberto, *Fremde Worte. Medien für „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik*, Paderborn 2011.  
 Sánchez Cervelló, Josep, *La revolución portuguesa y su influencia en la transición española (1961-1976)*, Madrid 1995.  
 Sanz, Carlos, „Las movilizaciones de los emigrantes españoles en Alemania bajo el franquismo. Protesta política y reivindicación sociolaboral“, in: *Migraciones y Exilios* 7 (2006), S. 51-80.

- Schlupp, Frieder, „Modell Deutschland and the International Division of Labour: The FRG in the World Political Economy“, in: Ekkehart Krippendorf/Volker Rittberger (Hg.), *The Foreign Policy of West Germany*, London 1980.
- Trouvé, Matthieu, *L'Espagne et l'Europe. De la dictature de Franco à l'Union européenne*, Brüssel 2008.
- Tusell, Javier/Queipo de Llano, Genoveva G., *Tiempo de incertidumbre. Carlos Arias Navarro entre el franquismo y la Transición (1973-1976)*, Barcelona 2003.
- Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 5. Wahlperiode 1965-1969.
- Wohlfeil, Rainer, „Der spanische Bürgerkrieg 1936-1939. Zur Deutung und Nachwirkung“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 16 (1968), S. 101-119.

## Lazaros Miliopoulos

### Die Eigentümlichkeiten des griechischen Transformationsprozesses (1974 bis heute) und das Problem ihrer Verkenennung

#### Die griechische Entwicklung seit 1974 in politisch-kultureller Hinsicht und die Perspektive Willy Brandts

Das griechische Wort für den „Transformationsprozess“ nach 1974 lautet *metapolítefsi* und enthält eine gewisse Eigentümlichkeit: Der Begriff ist im öffentlichen Gebrauch eine Art Abgrenzungsbegriff gegen jegliche Formen des politischen Extremismus, auf den sich zudem alle demokratischen Parteien jahrzehntelang im Sinne einer großen Erfolgsgeschichte und eines Zukunftsmodells verständigten.<sup>1</sup> Rechtsextreme im Umkehrschluss verwendeten den Begriff rein negativ; sie spielten jedoch nach 1974 lange Zeit keine Rolle mehr im Parteiensystem. Die in Griechenland traditionell stalinistisch orientierten Kommunisten, die nach 1974 als Partei wieder zugelassen wurden, pflegten den Begriff als pure Heuchelei zu brandmarken. Aber obwohl die Kommunistische Partei sich früh als feste Größe des griechischen Parteiensystems behaupten konnte, blieb sie gesellschaftlich doch weitgehend isoliert: Man war allgemein der Überzeugung, dass die *metapolítefsi* den Griechen wie keine andere Phase in der oft tragischen und leidvollen Geschichte des Landes endlich Jahre des Wohlstands, der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit gebracht habe. Sie galt nicht nur den Funktionseliten, sondern auch vielen Intellektuellen und dem Volk als die glücklichste Zeit der jüngeren Geschichte des Landes. Teilweise wurde der Begriff gar symbolisch, zum Teil zivilreligiös, aufgeladen.

Auf der Ebene der Funktionseliten war der Begriff der *metapolítefsi* der wichtige Kitt, auf den sich nach den Erfahrungen der Militärjunta 1974 die mit den Linken so arg verfeindeten Rechten einigen konnten. Mit dem siegreichen Ende des Kampfes gegen den Kommunismus 1946 bis 1949 hatten letztere ein geradezu paranoides Verhältnis zu den Linken gepflegt, das geprägt war von staatlicher Repression und Verdächtigungskultur.<sup>2</sup> Doch nach der Militärjunta

1 Vgl. Ioannis Zelepos, „Nationsbildung und Nationalismus in Griechenland“, in: Björn Egner/Georgios Terizakis (Hg.), *Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder*, Baden-Baden 2009, S. 39-59, hier S. 52.

2 Bis 1963 waren Militärgerichte, Deportationen und der Entzug von Staatsbürgerschaften an der Tagesordnung. Sogar für angehende Studenten, Führerschein- und Passbewerber sowie



- Böll, Heinrich, *Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann. Erzählung*, München 1976.
- Brandt, Lars, *Andenken*, München/Wien 2006.
- Brandt, Peter, *Mit anderen Augen. Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt*, Bonn 2013.
- Brandt, Rut, *Freundesland. Erinnerungen*, Hamburg 1992.
- Brandt, Rut, *Wer an wen sein Herz verlor. Begegnungen und Erlebnisse*, München 2001.
- Brandt, Willy, *Reden und Interviews. Herbst 1971 bis Frühjahr 1973*, Hamburg 1973.
- Brandt, Willy, *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982.
- Brandt, Willy, *Willy Brandt. Die Abschiedsrede*, Berlin 1987.
- Brandt, Willy, *Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974*, bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001.
- Brandt, Willy, *Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946*, 2. Aufl., Bonn 2008.
- Fest, Joachim, *Bürgerlichkeit als Lebensform. Späte Essays*, Reinbek bei Hamburg 2008.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.1973.
- Fried, Erich, *Die Freiheit den Mund aufzumachen. Achtundvierzig Gedichte*, Berlin 1972.
- Glötz, Peter, *Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976-1978*, München 1981.
- Glötz, Peter, *Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981-1983*, Hamburg 1986.
- Grass, Günter, *Aus dem Tagebuch einer Schnecke*, Darmstadt u.a. 1980.
- Hofmann, Gunter, *Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft*, München 2012.
- Lorenz, Einhart, *Willy Brandt. Deutscher – Europäer – Weltbürger*, Stuttgart 2012.
- Merseburger, Peter, *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002.
- Orwell, George, *Rache ist sauer*, Zürich 1975.
- Schöllgen, Gregor, *Willy Brandt. Die Biographie*, Berlin/München 2001.
- Seferis, Giorgos, *Poesie, Griechisch und Deutsch. Übertragung und Nachwort von Christian Enzensberger*, Frankfurt a.M. 1962.
- Shakespeare, William, *The Tempest*, edited by Frank Kermode, Reprint, London 1986.
- „Eine Zuflucht in den Armen der Justiz. Spiegel-Reporter Gerhard Mauz über die Strafrechtsreform im Wahlkampf“, in: *Der Spiegel* 39 (1969), 22.09.1969.
- „Stellt Euch den Gerichten“, in: *Der Spiegel* 7 (1972), 07.02.1972.
- „Altes Eisen“, in: *Der Spiegel* 6 (1984), 06.02.1984.
- Süddeutsche Zeitung*, 18.10.1973.
- Walter, Franz, *Die SPD. Biographie einer Partei*, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg, 2011.

## Autorenverzeichnis

**Fonseca, Ana Mónica:** Dr., Centre for International Studies (CEI-IUL), University Institute of Lisbon (ISCTE-IUL), *Arbeitsgebiete:* deutsch-portugiesische Beziehungen im 20. Jahrhundert, Transition Portugals zur Demokratie, transnationale Parteienzusammenarbeit, Sozialdemokratie

**Hansen, Jan:** M.A., geb. 1983, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für die Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen, Humboldt-Universität zu Berlin, *Arbeitsgebiete:* Geschichte des nuklearen Zeitalters, Geschichte des Protests in der Bundesrepublik, Geschichte der transatlantischen Beziehungen, Geschichte der Sozialdemokratie

**Herz, Dietmar:** Dr., geb. 1958, Professur für Politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Erfurt, *Arbeitsgebiete:* politische Theorie, Geschichte und politisches System westlicher Staaten, Naher und Mittlerer Osten

**Langkau-Alex, Ursula:** Dr., International Institute of Social History (IISH), Amsterdam, Vorsitzende der Gesellschaft für Exilforschung (2009-2013), *Arbeitsgebiete:* Exilforschung, deutsche und internationale Arbeiterbewegung 1918-1960, Demokratisierung Deutschlands und Europas nach der nationalsozialistischen Periode aus internationaler Perspektive

**Lorenz, Einhart:** Dr., geb. 1940, Professor (em.) für Geschichte, Universität Oslo, *Arbeitsgebiete:* Arbeiterbewegung, Antisemitismus, Exilforschung, Willy Brandt, Träger des Willy-Brandt-Preises 2003



**Ettrich, Frank:** Dr., geb. 1958, Professor für Soziologie, Universität Erfurt, *Arbeitsgebiete:* soziologische Theorie, Soziologie und Public Policy, sozialer Wandel

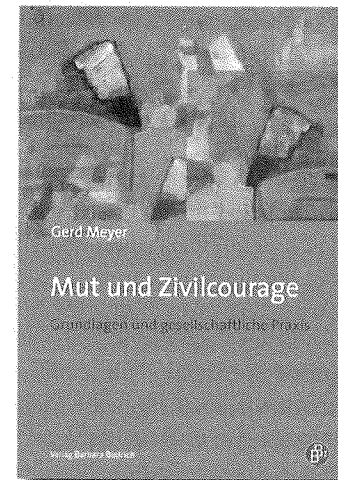
**Michel, Judith:** Dr., geb. 1979, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD), Auswärtiges Amt Berlin, *Arbeitsgebiete:* Politik und internationale Beziehungen, Westzonen und Bundesrepublik Deutschland bis 1990, Geschichte der USA

**Miliopoulos, Lazaros:** Dr., geb. 1976, Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Universität Bonn, Habilitationsstipendiat der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaften (2011-2013), *Arbeitsgebiete:* politische Philosophie und Ideengeschichte, Politik und Religion, Extremismus- und Parteienforschung, Europaforschung, politisches System Griechenlands

**Müssener, Helmut:** Dr., geb. 1936, Professor (em.) für deutschsprachige Literatur, Universität Stockholm, Senior Researcher am Hugo Valentin-Centrum, Universität Uppsala, *Arbeitsgebiete:* neuere deutschsprachige Literatur, Exilliteratur, deutsch-schwedische Kulturbeziehungen

**Muñoz Sánchez, Antonio:** Dr., geb. 1971, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Lissabon, *Arbeitsgebiete:* politische Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Portugal und Spanien (1960-1980), Geschichte der Sozialdemokratie, Migration und Solidarität der deutschen Sozialdemokratie mit der spanischen und portugiesischen Linken

## Zivilcourage im Alltag



Gerd Meyer

### Mut und Zivilcourage

Grundlagen und  
gesellschaftliche Praxis

2014, 275 Seiten, Kart.  
29,90 € (D), 30,80 € (A)  
ISBN 978-3-8474-0172-8

**Mut und Zivilcourage – was  
kennzeichnet, was unterscheidet  
sie? Was fördert, was hindert  
Menschen, mit mehr Zivilcourage  
zu handeln – privat, beruflich  
und im öffentlichen Leben?**

**Die erste systematische Analyse  
zum Thema, praxisnah und  
umsichtig ermutigend.**

Jetzt in Ihrer Buchhandlung  
bestellen oder direkt bei:

Verlag Barbara Budrich •  
Barbara Budrich Publishers  
Stauffenbergstr. 7  
D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594  
Fax +49 (0)2171.344.693  
info@budrich.de



[www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)